

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

5.2015
www.libmag.de
2,90 EURO



SCHWERPUNKT MITTELSTAND

DEUTSCHLANDS SUPERHELDEN

WIE DER MITTELSTAND MIT IDEEN, MUT UND
AUSDAUER UNSER LAND STARK MACHT

+++ AUSPEITSCHUNG STOPPEN: RAIF BADAWI AWARD +++ TANKSTELLEN: PÄCHTER
IN NOT +++ WOLFGANG GERHARDT: FLAGGE ZEIGEN FÜR FLÜCHTLINGE +++



”

Regulierung ja,
aber bitte mit Verstand
und Augenmaß.



*Ralf Wittenberg,
Sprecher der Geschäftsführung,
British American Tobacco
Germany*

Tabakprodukte bergen Risiken und werden deswegen streng reguliert. Die Regulierung funktioniert: Jeder kennt die Risiken für die Gesundheit. Und die Menschen ziehen ihre Konsequenzen: Der Tabakkonsum in Deutschland geht zurück, der Anteil der jugendlichen Raucher ist seit 2001 um rund zwei Drittel zurückgegangen.

Trotzdem sollen mit der neuen EU-Richtlinie ab Mai 2016 noch drastischere Maßnahmen eingeführt werden: etwa Schockfotos oder sogar neutrale Einheitspackungen.

Ich frage mich: Ist das noch Aufklärung des Konsumenten? Helfen diese Maßnahmen Menschen dabei, mehr über das Rauchen und seine Risiken zu erfahren? Ich bin mir sicher: Das ist nicht so – ich habe noch niemanden getroffen, der nicht wüsste, welche Gesundheitsgefahren das Rauchen mit sich bringen kann.

Viele Menschen rauchen gerne, sie sind die Kunden unseres Unternehmens, British American Tobacco. Wir wollen mit ihnen ehrlich umgehen und ihnen gute Produkte anbieten. Dazu braucht es einen funktionierenden Markt, sonst ufern Schmuggel und Betrug immer weiter aus. Aus meiner Sicht ist es richtig, Tabak zu regulieren – aber es ist falsch, Raucher zu bekämpfen.

Wir wollen eine rationale Regulierung, die Zeit der ideologischen Kämpfe ist vorbei. Dafür engagieren wir uns.“





„OB ANGELA MERKEL
IHREN WORTEN VON
„MEHR FLEXIBILITÄT“ AUCH
TATEN FOLGEN LÄSST,
WIRD SICH ZEIGEN.“

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR

Mittelstand, der

Wortart: Substantiv, maskulin

Worttrennung: Mit|tel|stand

Bedeutung: (Wirtschaft) Gesamtheit der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Selbstständigen

So definiert der Duden den Gegenstand unseres Schwerpunktes. Für mehr als die Hälfte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland bedeutet „der Mittelstand“ hingegen schlicht: „Mein Arbeitsplatz“. Für nicht wenige Start-up-Gründer ist „der Mittelstand“ das Ziel ihrer rastlosen Arbeit: Das eigene Unternehmen soll hier eines Tages mitspielen oder einen Käufer finden. Die Politik hingegen sieht darin eine ideale Spielwiese für ihren – formulieren wir es wohlwollend – Gestaltungsdrang. **Zwar wird im Mittelstand ein Großteil der Steuern und Sozialabgaben erwirtschaftet, die der hypertrophe Staat „großzügig“ umverteilt, doch dankbar erweist er sich dafür eher selten.** Karl-Heinz Paqué legt den Finger in die Wunde und zeigt auf, was zu tun ist.

Berthold Leibinger hat die schwäbische Firma Trumpf zu einem der „hidden champions“ gemacht, die in ihrer Nische Weltmarktführer sind und damit in Deutschland den

Wohlstand sichern. Selten hat ein Gespräch so viel Spaß gemacht wie unser Interview mit dem feinsinnigen, selbstironischen und kunstbegeisterten Protounternehmer und Mäzen, der als prominentes CDU-Mitglied die liberale Stimme im Bundestag vermisst.

Wolfgang Gerhardt stellt in seinem Essay zur Flüchtlingskrise fest: „Wir sind nicht die Schweiz, sondern eher so etwas Ähnliches wie das Amerika Europas“ – und fordert liberale Lösungen von der deutschen und europäischen Politik. Ob Angela Merkel ihren Worten von „mehr Flexibilität“ auch Taten folgen lässt, wird sich zeigen. Nicht zuletzt der Mittelstand würde ja gerne das Seine bei der Integration und Beschäftigung derer leisten, die es nun zu uns zieht. Dass ihnen aus Sorge um bürokratische Standards verweigert wird, auch nur ihre eigenen Unterkünfte zu putzen – was tatsächlich vorkam – dokumentiert jedenfalls eher die deutsche Untugend der Regelungswut.

Noch ein Hinweis in eigener Sache: Wenn Ihnen die Lektüre dieses Hefts gefallen hat, „vergessen“ Sie es doch einfach an einem Ort, wo sich andere Leser ebenfalls daran erfreuen können: im Zug, im Café, beim Arzt oder auf dem Amt im Wartezimmer ... Eine kurze E-mail an abo@libmag.de genügt und wir senden Ihnen umgehend und kostenfrei Ersatz! ●

VATER STAAT UND



// TEXT // HENNING KRUMREY

Es gibt einen großen Unterschied zwischen der aktuellen Großen Koalition und dem schwarz-gelben Vorgängerbündnis:

Bei der vorigen Regierung wäre man froh gewesen, wenn sie ihren Koalitionsvertrag umgesetzt hätte.

In der dritten Regentschaft der Angela Merkel ist alles anders als zuvor. Kaum aufgeschrieben, legten vor allem die SPD-geführten Ministerien los, das im Wahlkampf

Versprochene und als gemeinsames Politik-Programm Vereinbarte in Paragraphen zu gießen. Zur Halbzeit der Legislaturperiode sind die wesentlichen Verstöße gegen Marktwirtschaft und Generationengerechtigkeit bereits Gesetz.

Mit erschreckendem Tempo und deprimierender Konsequenz ist die Einschränkung von Freiheiten vorangeschritten, ist der fürsorgende und bevormundende Staat

auf dem Vormarsch: Gewerkschaften und Arbeitgeber ließen sich durch den Mindestlohn ohne nennenswerten Widerstand bei der Tarifautonomie entmündigen. Den ehemaligen Wohnungsmarkt regeln nun dank Mietpreisbremse Verwaltungsbeamte in den Kommunen, die gleichzeitig steigende Fördergelder ausschütten, um den Neubau anzuregen. Die Korrekturen an der überstürzten Energiewende erfolgen nur in

MUTTI MERKEL

Trippelschritten. Der Umbau der Stromversorgung vernichtet weiter Firmen- wie Volksvermögen und erfordert neue Subventionen beispielsweise für die Kraft-Wärme-Kopplung, die – einst auch von Grünen als Zukunftstechnik propagiert – zwischenzeitlich bereits wieder komplett abgeknipst werden sollte.

Die nachfolgenden Generationen werden durch die Rentenpolitik der rot-schwarzen Koalition so vorsätzlich verraten wie durch den mangelnden Reformeifer für die Altersvorsorge der vergangenen Jahrzehnte.

Die Rente mit 63, faktisch ein Wohlfühlprogramm für Männer der Jahrgänge 1952 bis 1962 aus den gut verdienenden Branchen von IG Metall und IG Chemie, drückt auf die Kasse der Sozialversicherung. Noch stärker ins Kontor schlägt die Mütterrente, deren Ziel – stärkere Anerkennung von Erziehungsleistung – zwar lobenswert, deren Finanzierung aber verwerflich ist. Nicht aus dem Steuertopf für gesamtgesellschaftliche Aufgaben kommen die Milliarden, sondern nur aus den Beiträgen der Versicherten. So steigen auch wieder die Arbeitskosten.

Der einzig echte Fortschritt – ein Bundeshaushalt ohne weitere Neuverschuldung – ist leider nicht der eigenen Sparsamkeit entsprungen, sondern der Leistungsfreude der deutschen Steuerzahler und der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank.

Und das heißt: Die Zeitbombe der deutschen Staatsschulden ist nicht entschärft, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble konnte nur die Lunte etwas verlängern. Wenn die Zinsen wieder steigen, erdrosselt

die damit wachsende Zinslast jeden politischen Gestaltungsspielraum im Etat. An eine Rückführung der Kredite war nie gedacht und ist nicht mehr zu denken.

Denn verlässlich schlägt eine Konstante der jüngeren deutschen Geschichte zu: Auf lange Sicht haben Finanzminister immer Pech. Wie schon seine Vorgänger Theo Waigel, Hans Eichel und Peer Steinbrück kommt auch Schäuble die Weltentwicklung dazwischen. Waren es einst die Wiedervereinigung, die hausgemachte Wirtschaftskrise oder der Zusammenbruch der US-Immobilien- und der Griechenland-Illusion, so ist es nun der Flüchtlingsstrom aus den Kriegs- und Elendsgebieten rund um Europa, die künftig theoretisch mögliche Überschüsse aufsaugen. Zumal die Mehrkosten derzeit noch in eine freundliche Konjunkturphase fallen. Erst wenn die Wirtschaft abkühlt, wird sich die Reformschwäche dieser Bundesregierung für alle offensichtlich rächen.

Doch der Kanzlerin kommt die zweite Konstante der jüngeren Geschichte zu Hilfe: Angela Merkel hat immer Glück. Sie nämlich kann sich angesichts des Zulaufs Richtung Deutschland erneut als Krisenmanagerin beweisen und profilieren. Erst der Finanzkollaps, dann die Staatsschuldenkrise, das Atomunglück in Fukushima, die griechische Dauerpleite und nun der europäische Offenbarungseid in Sachen Humanität – stets ist es die deutsche Christdemokratin, auf deren Schultern allein scheinbar die Zukunft des Kontinents lastet.

Ihr Vorstoß, eine Art humanitären Nationalstolz zu entfachen („Deutschland ist ein starkes Land. Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!“), ist gesellschaftlich klug

und taktisch geschickt. Niemand fragt mehr danach, ob die Regierung das Richtige tut, um Deutschland fit für die Zukunft zu machen.

Die Bürger fühlen sich angesichts der aufbrandenden Unwägbarkeiten bei Vater Staat und Mutti Merkel in guten Händen.

Und die Bundesregierung tut alles dafür, diese Mischung aus Bequemlichkeit und neuer Untertanenmentalität noch zu fördern. „Gut leben in Deutschland“ heißt die Veranstaltungsreihe, mit der die Kanzlerin und ihre Minister wie die Sandmännchen durchs Land ziehen.

Schließlich muss dem Bürger mal gesagt werden, dass und warum er sich wohligh und geborgen fühlen soll. Getreu dem Konzept des staatlichen Paternalismus, für dessen Offensive die Regierungschefin im Kanzleramt einen eigenen Stab eingerichtet hat, die Steuerzentrale des Säusel-Etatismus.

Dazu passt dann auch die Schnapsidee der Berufsgenossenschaften, Paternoster zu verbieten – vom Sozialministerium der Andrea Nahles willfährig in Angriff genommen. Und im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD auf Seite 45 ein weiteres wichtiges Staatsziel definiert: „Wir wollen darauf hinwirken, dass deutlich mehr Fahrradfahrer Helm tragen.“ ●



HENNING KRUMREY
ist Stellvertretender
Chefredakteur der
WirtschaftsWoche.
redaktion@libmag.de

STANDARDS

3

EDITORIAL

4

ZWISCHENBILANZ
GROSSE KOALITION

6

INHALT/IMPRESSUM

32 

ZENTRALMOTIV
Rettet die Bunte Flotte



40

FUNDSTÜCK

40

WUTPROBE
RUF! NICHT! AN!

41

AUTOREN DER FREIHEIT
Holger Bleich

42

MIERSCHS MYTHEN
Weniger Staat,
mehr Abendland

51

BUCH

54

ZITATE DER FREIHEIT
Wolf Lotter



SCHWERPUNKT MITTELSTAND

Superhelden in Not

Gute Ideen, Mut und Ausdauer – trotz aller Widerstände durch staatliche Gängelei und Bürokratie bringt der Mittelstand in Deutschland immer wieder neue Erfolgsmodelle hervor. Besonderes Merkmal daran: Wer großen Wert auf das Wohl der Mitarbeiter legt und eine familiäre Führungskultur pflegt, hat nachhaltigen Erfolg. Das verdient unseren Respekt – und eine bessere Politik.

8

STARK, ABER GEFÄHRDET

Der Mittelstand steht vor großen Herausforderungen. Doch es gibt politische Wege, diese zu bewältigen.

VON KARL-HEINZ PAQUÉ

10

DIE VATERFIGUR

Trumpf-Chef Berthold Leibinger gilt als Vorzeigeunternehmer. Im Interview spricht er über gelebtes Unternehmertum, mangelnde Risikobereitschaft und den Wert der Neugier.

INTERVIEW VON DAVID HARNASCH UND JÜRGEN MORLOK

14

RENAISSANCE IM WEINBAU

Mit neuen Ideen trumpft eine junge Generation deutscher Weinbauern gegen ihre großen globalen Konkurrenten auf.

VON CARSTEN M. STAMMEN

18

EINMALIG MUTIG

Was haben Fritz-Kola, Klais-Orgeln und Outfittery gemeinsam? Sie gehören zum deutschen Mittelstand. *liberal* stellt acht mutige Macher von gestern und heute vor.

VON ANDREAS SPIEGELHAUER

APP-VERSION

liberal ist auch als iPad- und Androidversion erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:

 Audio

 Bildergalerie  Link

 Leseprobe  Video

**22 TREIBJAGD**

Die Novellierung der Jagdgesetze bringt Jäger und Naturschützer gegeneinander auf.

VON RALF KALSCHUR

26 FRISCH GEWÄHLT

Die Landeshauptstadt Dresden hat einen neuen, liberalen Oberbürgermeister.

VON ANDREAS SPIEGELHAUER

28 KAMPF FÜR DIE FREIHEIT

Dem saudischen Liberalen Raif Badawi droht die Todesstrafe. *liberal* sprach mit seiner Ehefrau über den Kampf für die Freiheit. VON BORIS EICHLER

31 VIEL GETAN, VIEL ZU TUN

Drei Herausforderungen für den Osten nach 25 Jahren Einheit.

VON KARL-HEINZ PAQUÉ

**34 VON WEGEN FREI**

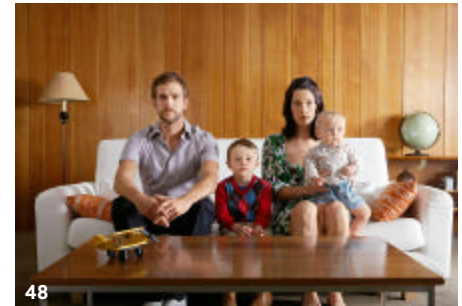
Für Deutschlands Tankstellenpächter geht es oftmals ums nackte Überleben. *liberal* wirft einen Blick hinter die Kulissen und stellt fest: Freies Unternehmertum sieht anders aus.

VON BORIS EICHLER

38 COMEBACK MIT HAKEN

Kommunale Unternehmen sind wieder in Mode. Dabei sind sie weder günstiger noch umweltfreundlicher. Und sie machen der heimischen Wirtschaft das Leben schwer.

VON JUSTUS HAUCAP

**44 STERBEHILFE**

Zwischen Recht und Ethik: Was tun, wenn Kinder und Jugendliche wegen einer schweren Krankheit nicht mehr leben wollen?

VON KAPKA TODOROVA

48 ICH KOMM' ALLEIN ZURECHT!

Das Dilemma der „Mittelschicht“ ist vor allem, dass sich die Politik permanent für sie zuständig fühlt.

VON DIETER SCHNAAS

52 FLAGGE ZEIGEN!

Die Flüchtlingsströme in Richtung der EU stellen die Gemeinschaft vor große Herausforderungen. Die kann Deutschland nicht allein bewältigen.

VON WOLFGANG GERHARDT

liberal • Debatten zur Freiheit. Das Magazin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Telefon 030/28 87 78 59, Fax 030/28 87 78 49
www.libmag.de

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit:

David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.), Boris Eichler (Chef vom Dienst), Thomas Volkmann

Autoren dieser Ausgabe: Holger Bleich, Marco Buschmann, Boris Eichler, Wolfgang Gerhardt, David Harnasch, Justus Haucap, Ralf Kalschur, Henning Krumrey, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Wolf Lotter, Michael Miersch, Jürgen Morlok, Karl-Heinz Paqué, Dieter Schnaas, Andreas Spiegelhauer, Carsten M. Stammen, Kapka Todorova

Gesamtherstellung:

corps. Corporate Publishing Services GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/542 27-700, Fax 0211/542 27-722
www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung:

Thorsten Giersch, Holger Löwe

Redaktionsleitung: Mirko Hackmann

Gestaltung: Ernst Merheim (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion), Getty Images (Titelbild)

Objektleitung: Jana Teimann

Anzeigen:

Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671, tatjana.moos-kampermann@corps-verlag.de (Leitung),

Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663, georgios.giavanoglou@corps-verlag.de (Anzeigen-Marketing),
Christine Wiechert, Tel. 0211/542 27-672, christine.wiechert@corps-verlag.de (Disposition)

Litho: TiMe GmbH

Druck:

Bechtle Druck & Service GmbH & Co. KG
Zeppelinstraße 116, 73730 Esslingen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement: alles dazu auf Seite 55



Nur wer die Kuh nährt, kann sie auch melken

Der Mittelstand steht vor großen Herausforderungen. Davon will die Politik offenbar nichts wissen.

// TEXT // **KARL-HEINZ PAQUÉ** // ILLUSTRATION // **BERND ZELLER**

Mittelstand: Das Wort hat hierzulande einen guten Klang. Zu Recht: Seit fast 70 Jahren sorgt der gewerbliche Mittelstand für jene Wirtschaftskraft, die den Westen Deutschlands zu einer der stärksten Exportregionen der Welt gemacht hat. Nach der Wiedervereinigung vor genau 25 Jahren war es der gewerbliche Mittelstand, der für den Wiederaufstieg Ostdeutschlands sorgte – trotz des Flurschadens der Planwirtschaft. Und als dann das vereinte Deutschland zu Beginn der Jahrtausendwende als kranker Mann Europas an Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit litt, da war es wieder der gewerbliche Mittelstand, der als Erster zu neuer Dynamik ansetzte.

Heute schaut fast ganz Europa voll Bewunderung auf den starken deutschen Mittelstand. Es gibt nur wenige andere Länder, in denen es die Industrie an Innovationskraft, Ingenieurskunst und Produktvielfalt mit der mittelständischen deutschen Wirtschaft aufnehmen kann. Dies gilt erst recht für die berufliche Ausbildung: In keiner anderen großen Industrienation ist die Arbeitslosigkeit junger Menschen niedriger als hierzulande, dank vor allem der technischen Qualifikation, die Azubis nach Abschluss ihrer Lehrlingszeit aus mittelständischen Unternehmen für ihr Leben mitnehmen.

Die Bewunderung von außen verführt allerdings in Deutschland offenbar zur Sorglosigkeit der Politik: Wo alles prima zu funktionieren scheint, übersieht man leicht die Gefahren für die Zukunft. Drei davon ragen heraus:

- » Deutschland steht vor einem dramatischen demografischen Wandel. Zwischen 2020 und 2035 scheidet die Generation der Babyboomer aus dem Arbeitsmarkt aus, das Land schrumpft netto um annähernd fünf Millionen Erwerbspersonen, viele

davon technisch hochqualifiziert. Dies wird zu einer Bedrohung für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands, zumal wenn bei Vollbeschäftigung die Löhne drastisch steigen, eben weil gute Arbeitskräfte viele Optionen haben.

- » Deutschland hat keine starke Gründerkultur. Damit konnte man in der Ingenieurswelt der etablierten Industrie durchaus leben, nicht aber in einer Zukunft der Informationsgesellschaft, in der die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistungen durch den flächendeckenden Einsatz der Mikroelektronik immer mehr verschwimmen. Die Produktzyklen werden kürzer, der Bedarf an Neuem größer, und der Wettbewerbsvorsprung durch bewährte Spitzentechnologie schrumpft.
- » Deutschland ist überreguliert. Wer als Mittelständler wachsen will, stößt auf eine Vielzahl bürokratischer Hemmnisse. Das Steuersystem ist höchst kompliziert und bietet kaum Anreize zur Innovation, die Genehmigungsverfahren sind langwierig, der Sprung von der Wissenschaft in die betriebliche Praxis ist voller Hindernisse, und das Konkursrecht bestraft denjenigen, der etwas riskiert und dann auch einmal scheitert. Der Staat hilft nicht, er behindert. Die Rahmenbedingungen sind bestenfalls mittelmäßig.

Hinzu kommt die allgegenwärtige Investitionsschwäche: Fernstraßen und Brücken sind in einem bedauerlichen Zustand und die Kommunikationsnetze sind im internationalen Vergleich bestenfalls mittelmäßig. Kurzum: Deutschland fehlt eigentlich alles, was in der Zukunft gebraucht wird, um die viel gerühmte Wirtschaftsdynamik des Mittelstandes zu erhalten und zu stärken.



Und was tut die Bundesregierung? Sie macht alles noch schlimmer:

- » Die Rente mit 63 sorgt dafür, dass Hochqualifizierte in Scharen vorzeitig den Arbeitsmarkt verlassen – auf Kosten der übrigen Erwerbstätigen.
- » Die Einführung des Mindestlohns liefert zusätzliche Bürokratie und schürt tarifliche Lohnforderungen, um den Abstand vom Mindestlohn zu wahren.
- » Die geplante Reform der Erbschaftsteuer schafft ein weiteres bürokratisches Monster, mit immer mehr fallweisen Komplikationen statt durchgehend niedrigen Sätzen.

Am schlimmsten steht es um die Balance zwischen staatlichem Eingriff und mittelständischer Freiheit im Bereich der Steuern. Es grenzt ans Absurde: Von 2005 bis 2014 haben Wachstum und Inflation die Belastung mit Lohn- und Einkommensteuern um 85 Milliarden Euro erhöht, also um zwei Drittel des Ausgangsniveaus – eine Steigerung von 5,8 Prozent pro Jahr! Glaubt man der jüngsten Steuerschätzung, so kommen bis 2019 nochmals knapp 60 Milliarden Euro dazu. Allein die Progression des Steuersystems verursacht also eine Zusatzlast, die weit über die Zuwächse hinausgeht, die der Mittelstand bei Wertschöpfung und Gewinnen erreicht.

Es ist ein merkwürdiges Bild: Der gewerbliche Mittelstand gleicht einer gesunden Kuh, die immer mehr Milch gibt, woraus der Bauer den Schluss zieht, sie von der fetten auf eine magere Weide zu führen und ihr im Stall überhaupt nichts mehr zu fressen zu geben. Man muss nur lange genug warten, dann wird sie krank, müde und schwach. Das ist nur eine Frage der Zeit. Sie lebt längst von der Substanz.

Was ist zu tun? Die Antwort liegt auf der Hand: Das Wohlergehen des gewerblichen Mittelstands muss zurück mitten ins Zentrum der politischen Ziele. Die Liste der politischen Aufgaben ist lang und anspruchsvoll. Hier nur das Wichtigste:

- » nachhaltige Senkung der Steuerlast – und nicht nur scheinbar großzügige „Geschenke“ des Obrigkeitsstaates zum Ausgleich der sogenannten „kalten Progression“,
- » dauerhafte Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ausbildung junger Menschen und die Zuwanderung junger leistungsfähiger Arbeitskräfte,
- » Abschaffung des festen Rentenalters: Wer länger arbeiten will und gefragt wird, soll es tun – im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber,
- » radikaler Abbau bürokratischer Hemmnisse zur Entfesselung einer Gründerkultur, die Innovationskraft und Risikobereitschaft stärkt,
- » Verbesserung der Infrastruktur – im Straßenverkehr und vor allem auch in den modernen Netzwerken der elektronischen Kommunikation.

Fazit: Deutschland braucht ein neues umfassendes Programm „Pro Mittelstand“. Nur wer die Kuh gut nährt, kann sie auch in der Zukunft noch gut melken. ●



KARL-HEINZ PAQUÉ, ehemaliger Finanzminister von Sachsen-Anhalt, ist Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.
paque@ovgu.de

Mittelstand ist Trumpf

// INTERVIEW // DAVID HARNASCH UND JÜRGEN MORLOK



Der mittelständischen Wirtschaft verdankt Deutschland seinen Wohlstand. Ohne sie erhielten die Automobilkonzerne keine Einzelteile und das Handwerk erheblich weniger Aufträge. Etwa 60 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und sogar über 80 Prozent der Ausbildung finden dort statt. Doch die Politik macht es dem Mittelstand nicht leicht: Stetig erfindet sie neue Abgaben, Belastungen und Verordnungen – und jeweils einen bunten Strauß von Ausnahmetatbeständen dazu, die in den Betrieben bürokratisch abgebildet werden müssen. *liberal* sprach mit Prof. Berthold Leibinger, dem langjährigen Geschäftsführer und Inhaber des Werkzeugmaschinenherstellers Trumpf. Er repräsentiert den Mittelstand „im Ländle“ wie kaum ein anderer – und vermisst als langjähriges CDU-Mitglied die liberale Stimme in der Politik.





Kunst schmückt viele Räume der Trumpf-Zentrale in Ditzingen: Die Eltern von Berthold Leibinger (links) unterhielten einst einen Handel für ostasiatische Antiquitäten. Mit dem Unternehmer und Mäzen sprachen *liberal*-Chefredakteur David Harnasch und Jürgen Morlok (rechts), Mitglied im Kuratorium der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Ehrenvorsitzender der FDP Baden-Württemberg.

David Harnasch: Das Unternehmen Trumpf ist von Baden-Württemberg aus organisch gewachsen. Wie beurteilen Sie die Bedeutung des Mittelstands hier vor Ort?

Berthold Leibinger: Der Mittelstand ist für die hiesige Region natürlich prägend – obwohl wir auch stolz sind auf unser gutes Verhältnis zu den ansässigen Großunternehmen. Trumpf und Bosch sehen sich zum Beispiel als befreundete Unternehmen an und kooperieren auch in Entwicklungsprojekten. So haben wir vor einem Jahr gemeinsam den Zukunftspreis für Technik und Innovation des Bundespräsidenten erhalten für eine Laserentwicklung zur Herstellung von Benzinspritzdüsen, die einen deutlich geringeren Benzinverbrauch ermöglichen. Der Mittelstand hat sich gerade in Krisen bewährt, weil die Unternehmen sich besonders um ihre Mitarbeiter gekümmert haben. Wir selbst sind in einer zyklischen Industrie tätig. Wenn Sie den Auftragseingang im deutschen Maschinenbau betrachten, sehen Sie sehr zuverlässig sehr hohe Schwankungen. Wir haben dem Rechnung getragen. Wir waren zum Beispiel die Ersten, die in der Region flexible Arbeitszeitmodelle eingeführt haben. Selbst in der schlimmsten Krise während der Jahre 2008 und 2009 haben wir keinen Mitarbeiter entlassen, obwohl wir 40 Prozent Rückgang im Auftragseingang verzeichneten. Damals signalisierten wir der Bundesregierung, dass wir gerne am Freitag oder Montag Weiterbildungen anbieten würden, was nach den bestehenden Regeln nicht möglich war. Die IG Metall war auch dafür, also wurde das gemacht.

Jürgen Morlok: Das spricht für die Philosophie, die Mitarbeiter nicht als Manövriermasse anzusehen.

Leibinger: Wir fühlen uns für jeden verantwortlich, der uns sein wirtschaftliches Schicksal anvertraut. Wir fühlen uns ebenso verantwortlich für Schwächere, die wollen, aber nicht können. Da haben wir eine Verpflichtung zu helfen. Wenig Verständnis habe ich für Leute, die könnten, aber nicht wollen. Mit diesen Leitlinien fährt das Unternehmen sehr gut. Wir zählen in Deutschland 6.000 Beschäftigte, weltweit 11.000 und erhalten 15.000 Initiativbewerbungen jährlich. Wir leiden also nicht unter Personalnot.

Fotos: KD Busch.com; Illustration: Getty Images

»

Harnasch: Über Familienunternehmen baumelt – anders als bei börsennotierten – als Damoklesschwert die Erbschaftsteuer. Dazu hat sich Ihre Tochter kürzlich im *Spiegel* geäußert.

Leibinger: Meine Tochter hat im Interview das Entscheidende gesagt, denn Trumpf spricht nicht nur für sich selbst, sondern greift die Sorgen vieler mittelständischer Unternehmen gerade in Baden-Württemberg auf. Ein Erbe ist nicht nur Privileg, sondern auch Verpflichtung und kann auch eine Last mit sich bringen. Ich bin deshalb der Meinung – schon um dem Gleichheitsgrundsatz zu genügen –, dass Unterneh-

Harnasch: Zurück zu Ihrer Firmengeschichte: Ihre Tochter ist als Chefin von Trumpf exponiert. Wie haben Sie Unternehmertum in Ihrer Familie gelebt?

Leibinger: Die alte Frage: Umwelt oder Gene? Es ist immer beides. Ich glaube schon, dass das auch in den Genen liegt, aber dass das Aufwachsen in einem Unternehmen die Kinder ebenfalls prägt. Und das muss man richtig machen. Liegt Unternehmertum bei uns in der Familie? Ja! Ich kann mich nicht erinnern, dass in unserer Familie jemals jemand angestellt war. Dazu eine kleine Anekdote: Unsere zweite Tochter ist nicht im Unternehmen, sondern Architektin in Berlin mit großem Büro. Sie hat einen Ruf als Professorin an die TU Berlin erhalten. Das kommentierte unser Sohn: „Das ist doch prima! Jetzt haben wir wenigstens einen in der Familie, der ein regelmäßiges Einkommen hat!“ [lacht.]

Morlok: Haben Sie eine Erklärung dafür, dass die junge Generation überwiegend in Angestelltenverhältnisse oder gleich in den öffentlichen Dienst strebt?

Leibinger: Wir haben es nun mit der Generation Y zu tun, auch bei uns im Betrieb. Diese Leute sind top ausgebildet, arbeiten auch gerne, sagen aber: Die Priorität, wann und wie ich arbeite, die setze ich. Ihr müsst mir Arbeitszeitmodelle anbieten, die mir Zeit für die Familie, Reisen, Kinder lassen. Genau das lassen wir in unsere Personalpolitik einfließen und versuchen es positiv zu gestalten. Deutschland ist zudem sehr sicherheitsbewusst geworden. Diese Gesellschaft liebt das Risiko nicht. Unsere Grundbedürfnisse sind beinahe selbstverständlich gedeckt. Und das ändert die Einstellung zum Risiko – bis hinein in die Unternehmensführungen: Viele tun sich in einer durch Zahlen kontrollierten Welt immer schwerer, Chancen zu nutzen, die gleichzeitig Risiken beinhalten.

Morlok: Ihre Autobiografie trägt den Titel: „Wer wollte eine andere Zeit als diese“. Die Gesellschaft war, als Sie dieses Unternehmen entwickelten, offenbar risikobereiter. Was würden Sie heute

einem jungen Menschen raten, der ein Unternehmen gründen will?

Leibinger: Ich glaube, es ist schwierig, wirtschaftlichen Erfolg und die daraus resultierende Sättiertheit bei erfüllten Zielen einerseits sowie Unruhe, Neugier und Wagnis andererseits unter einen Hut zu bringen. Wenn ich mir Sorgen mache um Deutschland, dann wegen dieses Punktes: Sind wir unruhig, neugierig und wagemutig genug geblieben? Wie ändern wir das? Sicher auch durch das Verhalten der Etablierten, die Wagemut und Fehler zulassen müssen. Ihr Parteivorsitzender hat ja eine YouTube-Sensation fabriziert mit seinem Redebeitrag zu diesem Thema, das war fabelhaft. Was können wir konkret tun? Ausgründungen unterstützen beispielsweise. Aus unserem Unternehmen gibt es zwischen 15 und 20. Mit einer Ausnahme waren all diese Ausgründungen Erfolge, einige davon sind richtig groß, mit 80 bis 100 Beschäftigten.

Morlok: Sie sind bekannt für Ihr Engagement für Kunst und Kultur. Glauben Sie, dass die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur dazu beiträgt, Innovationspotenziale beim Menschen freizusetzen?

Leibinger: Aber unbedingt. Die Neugier ist die Mutter der Fantasie. Und neugierig zu sein, etwas anderes kennenlernen zu wollen, etwas aus einer anderen Welt mitzunehmen, ist nicht nur ein äußerlicher Gewinn, sondern es regt als Stimulans an! Ich war einige Jahre Vorsitzender des German-Singapore Business Forum. Die Singapurser beschäftigen 400.000 Menschen in der produzierenden Industrie, aber sie sind nicht sehr kreativ. Ich habe Lee Kuan Yew immer bewundert, denn was er aus diesem sumpfigen Land gemacht hat, ist unerhört. Aber es ist zu reguliert, zu wenig liberal.

Morlok: Noch mal zur Kunst. Viele Ihrer Unternehmerkollegen haben sich Museen für ihre Kunstsammlungen gebaut, Ihre Stiftung fördert hingegen einen Comicbuchpreis.

Leibinger: Ohne Musik kann man nicht leben, aber Literatur ist die anregendste aller

Viele tun sich in einer durch Zahlen kontrollierten Welt immer schwerer, Chancen zu nutzen, die gleichzeitig Risiken beinhalten.

menserben Erbschaftsteuer entrichten müssen. Ich hätte aber Herrn Schäuble empfohlen, das unternehmerische Risiko zu berücksichtigen. Stirbt der Unternehmer, während der Unternehmenswert sich auf einem Höhepunkt befindet, sollten gewisse Abschläge möglich sein. Dazu zählt etwa eine vernünftige Bewertung, die sich an einem mehrjährigen Mittelwert orientiert. Ebenso sollten Stundungen möglich sein, sodass die Steuerschuld zum Beispiel über mehrere Jahre hinweg beglichen werden kann. Trifft es ein Unternehmen zu einem ungünstigen Zeitpunkt, ist das existenzbedrohend.

Wir geben uns allergrößte Mühe mit unseren Lehrlingen und mit den Studenten der Dualen Hochschule.

Künste. Comics sind da etwas Neues und Ungewohntes. Ich tue mich schwer mit Comics, denn ich lese zwar gerne, aber die Bilder lenken mich ab. Das muss man lernen! Sie kennen „Maus“ von Art Spiegelman oder „Persepolis“ von Marjane Satrapi – beide wirklich sehr lesenswert. Die Lektüre hat mich veranlasst, diesen Preis ins Leben zu rufen. Wir leisten mit der Stiftung aber auch viel für die Wissenschaft. Alle zwei Jahre verleihen wir Preise für Innovationen im Laser-Sektor, in der Grundlagenforschung, der Medizin oder der Messtechnik.

Harnasch: Sie haben zu einer Zeit die Welt bereist, als das noch nicht der Normalfall war. Heute ist das Auslandssemester selbstverständlicher Teil des Erwachsenwerdens, das war damals anders. Wie wichtig ist es, die Welt gesehen zu haben?

Leibinger: Man muss schon etwas von der Welt gesehen haben. Und man muss ein Sensorium dafür entwickeln, dass andere Leute anders sind und anders sein dürfen und trotzdem sympathisch sind. Ich habe gerne in Amerika gelebt und erinnere mich, wie schwer uns der Abschied nach gut zwei Jahren gefallen ist. Als ich gekündigt hatte, musste ich beim Vizepräsidenten des Unternehmens vorstellig werden. Ich erklärte ihm, dass ich in eine kleine Firma gehe – Trumpf – mit 200 Beschäftigten und zwei Millionen Mark Umsatz, weil ich dort Chef der Entwicklung werde, ich war gerade 30 Jahre alt. Darauf sagte er: „You are the biggest fool I’ve ever seen.“ Denn ich hätte dort alle Chancen gehabt.

Harnasch: Für Trumpf arbeiten Chinesen und Sie erhalten jährlich 15.000 Bewerbungen. Sie leiden also offenbar nicht am Fachkräftemangel, aber Sie kennen die Klagen?

Leibinger: Wir wissen, was für ein großes Problem das ist! Wir geben uns allergrößte Mühe mit unseren Lehrlingen und mit den Studenten der Dualen Hochschule.

Harnasch: Man hört auch von Arbeitgebern, die gerne Ausländer beschäftigen würden, die aber keine Arbeitserlaubnis erhalten. Was halten Sie von unserer Einwanderungspolitik?

Leibinger: Die sollte unbedingt liberaler werden, überhaupt keine Frage – und sich vor allem an gemeinsamen Zielen orientieren. Wir hatten kürzlich eine Tagung zum Thema Industrie 4.0. Eine Vertreterin der



sehen Sie für die FDP? Und werden Sie ihr bei der Landtagswahl die Daumen drücken?

Leibinger: Ich sehe nicht nur gute Möglichkeiten für die FDP, ich halte es auch für notwendig, dass sie im Parteienspektrum vertreten bleibt. Wir haben außer ihr keine Partei, die aus ihrer Tradition heraus das selbstständige unideologische Denken als Kern ihrer Philosophie hat. Wir haben in Württemberg und in meiner Familie eine starke FDP-Vergangenheit. Die FDP braucht eigenwillige Persönlichkeiten und keine glatten Salonlöwen. Die FDP muss die CDU nicht konterkarieren, sondern sie ist die notwendige Ergänzung. Wir brauchen Leute, die ihren eigenen Weg gehen wollen. Und gerade in Baden-Württemberg hatte die FDP immer eine stabile Klientel im Handwerk und Mittelstand. Mein Erscheinen beim

ZUR PERSON

Berthold Leibinger (* 26. November 1930 in Stuttgart) ist Gesellschafter der Trumpf GmbH + Co. KG in Ditzingen nahe Stuttgart und Mäzen. Mit mehr als 60 Tochtergesellschaften ist Trumpf weltweit auf allen wichtigen Märkten vertreten und produziert in Europa, den USA, Japan und China. 2005, kurz vor seinem 75. Geburtstag, trat Berthold Leibinger nach 40 Jahren von der Geschäftsführung zurück. Ihm folgte seine Tochter Nicola Leibinger-Kammüller nach.

Gewerkschaften hielt eine Rede, die hätte ich sofort angestellt. Denn sie begann ihre Rede mit der Aussage: „Wir sehen hier hauptsächlich Chancen!“ Die Gewerkschaften haben umgedacht. Diese Haltung sollte als Blaupause für andere gesellschaftliche Großthemen dienen.

Morlok: Sie sind als prominentes CDU-Mitglied beim Dreikönigstreffen der FDP in der Stuttgarter Oper zu Gast gewesen. Das Schicksal der Liberalen kann Ihnen also nicht ganz egal sein. Welche Zukunft

Dreikönigstreffen verdankt sie Christian Lindner. Ich hatte ihn bei einem Gesprächskreis persönlich kennengelernt und ihm da schon gesagt, dass Baden-Württemberg die Nagelprobe werden wird. Wobei auch Katja Suding in Hamburg einen guten Erfolg gefeiert hat. Die FDP muss auch in Wirtschaftsfragen Freiheit und Eigenverantwortung betonen! Übrigens hat mich niemand für meinen Besuch beim Dreikönigstreffen kritisiert. Ich bekam im Gegenteil eine Menge Briefe, in denen stand: Das war richtig so! ●



Die Renaissance des deutschen Weinbaus

Sie netzwerken, denken international und sie positionieren sich mit neuen Strategien auf dem Weltmarkt: Die neue Generation der deutschen Weinbauern hat die Zeichen der Zeit erkannt und ist ziemlich erfolgreich.

// TEXT // **CARSTEN M. STAMMEN**



Tradition und Aufbruch: Caroline Diel führt seit 2007 mit ihrem Vater Armin das Schlossgut Diel. Sie versteht das Familienweingut als Gemeinschaftsprojekt: „Die Zusammenarbeit zwischen den Generationen ist wichtig.“



Viel ist passiert im deutschen Weinbau. Was in den 1990er-Jahren begann, setzt sich seit der Jahrtausendwende beschleunigt fort: Die deutsche Weinwirtschaft ist geprägt von einer stetigen Qualitätsverbesserung und einem Imagewandel, der die deutschen Gewächse auch international wettbewerbsfähig gemacht hat. Das hängt nicht zuletzt mit dem Generationswechsel zusammen, den die Branche seit gut zehn Jahren erlebt.

Rückblick: Nach dem Weinskandal in Österreich und Deutschland Mitte der 1980er-Jahre setzte der Entwicklungsschub ein, der den heutigen Stellenwert des deutschen Weins begründet. Dieser Fortschritt war gekennzeichnet durch konsequente Ertragsreduzierung, die verstärkte Hinwendung zu ökologischem Anbau, die Fokussierung auf bestimmte nationale Rebsorten (Riesling, Burgunder, regional auch Silvaner) bei gleichzeitigem Ausbau internationaler Rebsorten und Barriqueweine. 2009 vereinheitlichte die EU-Weinmarktreform für die Weinbezeichnung den Grundsatz: Je enger sich die geografische Herkunft der Trauben eingrenzen lässt, desto höher ist die Weinqualität. Dieses Prinzip hat 2012 auch der Verband Deutscher Prädikatsweingüter (VDP) in sein Klassifikationssystem übernommen. Diese Entwicklungen haben dafür gesorgt, dass deutsche Weine nicht nur immer besser, sondern auch immer beliebter geworden sind. Nach Angaben des Deutschen Weininstituts (DWI) haben Weine aus heimischer Produktion in Deutschland gegenwärtig einen deutlich führenden Marktanteil von 45 Prozent und werden darüber hinaus in mehr als 130 Länder exportiert.

Neue Dynamik dank der „Generation Riesling“

Den Weg bereitet haben die Winzer, die in den vergangenen 30 bis 40 Jahren strikt auf Qualität gesetzt haben und dabei für Neues aufgeschlossen waren. Inzwischen übernimmt zusehends eine gut ausgebildete und international erfahrene Generation von Nachfolgerinnen und Nachfolgern die Betriebe. Im 2009 gegründeten Netzwerk „Generation Riesling“ sind rund 350 Jungwinzerinnen und -winzer bis 35 Jahre zusammengeschlossen. Die meisten haben eine Winzer- oder Weinbautechniker-Lehre absolviert und/oder an einer der drei großen deutschen Wein-Hochschulen in Geisenheim, Heilbronn oder Neustadt an der Weinstraße studiert. In Geisenheim wird neben dem Studiengang Weinbau & Önologie

seit 2003 auch Internationale Weinwirtschaft angeboten. In Heilbronn liegt der Schwerpunkt auf Weinbetriebswirtschaft. Es geht also nicht mehr nur um die Weinbereitung, sondern immer »

Fotos: Dietl; Fotolia



stärker auch um die Vermarktung des Produkts. Die meisten der Mitglieder der „Generation Riesling“ haben mit Praktika im In- und Ausland ihren Horizont erweitert - von Europa bis nach Amerika und auf die Südhalbkugel. Auch wenn sie aus etablierten Weinbaubetrieben und Winzerfamilien stammen, haben einige zunächst andere Fachrichtungen eingeschlagen.

Ein Beispiel dafür ist Dr. Katharina Prüm. Sie war Anfang 20, als sie 2003 ins Weingut Joh. Jos. Prüm an der Mosel einstieg, das sie inzwischen gemeinsam mit ihrem Vater Dr. Manfred Prüm führt. Ebenso wie er ist sie promovierte Juristin. Joh. Jos. Prüm ist eines der berühmtesten deutschen Weingüter, sodass die designierte neue Chefin ihre Rolle nicht darin sieht, den Weinstil zu ändern. Allenfalls kleine Anpassungen hat sie bisher vorgenommen, und das soll auch so bleiben. Sie will keine Experimente machen, denn: „Die Natur kreiert und komponiert den Wein. Wir können den Ablauf des Entstehens maximal dirigieren“, zitiert das Magazin „Vinum“ sie.

Der Schlüssel zum geglückten Generationswechsel

Ein anderes Beispiel ist Felix Graf Adelman. Der 35-Jährige studierte International Business Management in Hamburg, Madrid und London, arbeitete danach bei einer Unternehmensberatung und ist als Musiker, Produzent und Fotokünstler aktiv. 2009 begann er seine Tätigkeit im familieneigenen Weingut Graf Adelman in Württemberg und sammelte Erfahrungen in Deutschland, Italien und Österreich. 2012 übernahm er den Betrieb von seinem Vater Michael Graf Adelman.

Der Schlüssel für den geglückten Übergang ist für den jungen Grafen „der gegenseitige Respekt über beide Generationen“. Sein Vater habe ihn schon vor der Übergabe in jede Entscheidung einbezogen, doch er habe sich vor dem Einstieg ins Weingut auch erst anderweitig ausprobieren dürfen. „Man muss selbst dazu finden. Mein Vater hat mir die Freiheit gelassen: ‚Du musst den Betrieb nicht übernehmen, du darfst auch Pianist werden.‘ Diese Generosität hat dazu geführt, dass ich über die Jahre selbst sicherer in der Entscheidung wurde, in den Betrieb einzusteigen, weil ich die Gewissheit hatte, dass ich auch außerhalb des Weinguts bestehen könnte.“ Sein Vater hatte diese Freiheit nicht: Er wurde nach dem Studium in Paris sofort zurückbeordert, um seine Eltern im Weingut zu unterstützen.

„Als mein Vater so alt war wie ich jetzt, reichte es aus, guten Wein zu produzieren, um erfolgreich zu sein“, sagt Adelman. „Aber das Weinumfeld hat sich



Eigene „wineBank“ im Gewölbe: Christian Rees hat sich auf der ganzen Welt umgesehen und seine Weinideen mit nach Hause gebracht.

unfassbar verändert. Heute gibt es so viele gute Weine auf dem Markt, dass Vertrieb und Marketing eine viel größere Rolle spielen - inzwischen über 50 Prozent. Die Weinqualität ist eine selbstverständliche Voraussetzung.“ Adelman ist überzeugt: „Deutschland ist heute technisch auf internationalem Stand. Wir haben aktuell im deutschen Weinbau das höchste Niveau, das wir je hatten. Aber es besteht auch immer noch Potenzial.“ Daher sei die internationale Orientierung wichtig, doch „dabei sollte man die Schwerpunkte in vergleichbaren Gegenden setzen“, empfiehlt der Graf. „Wenn man in Australien nur nachts mit dem Vollernter Shiraz gelesen hat, bringt einem das für den Riesling-Anbau in Steillagen zu Hause wenig.“ Entscheidend sei, dass man im Ausland einen anderen Blickwinkel erhalte.

Tradition ist wichtig

Als er vor drei Jahren das Weingut übernommen habe, dachte er, dass er nur an ein paar kleinen Stellschrauben drehen müsse. Heute wisse er jedoch, dass die Aufgabe viel komplexer ist: „Winzer arbeiten inzwischen mit professionellen Agenturen Konzepte aus, um ihre Marke zu positionieren. Tradition ist wichtig, aber allein kein Verkaufsargument. Man muss die Geschichte, die man hat, wirkungsvoll erzählen.“ Experimentieren hält Adelman für überlebenswichtig. „Die meisten Schlachten sind geschlagen“, befindet er. „Man muss sich differenzieren. Aber dabei sollte man nicht dogmatisch vorgehen, denn obwohl die Konkurrenz heute stärker ist,



Viele Talente: Die promovierte Juristin Dr. Katharina Prüm teilt sich mit ihrem Vater die Geschäftsführung des familieneigenen Weinguts.

gibt es gleichzeitig auch ein engeres Miteinander und einen offeneren Umgang untereinander.“

Diese Beobachtung bestätigt auch Caroline Diel. Sie wollte ursprünglich ins Hotelfach, bevor sie sich für ein Weinbaustudium in Geisenheim entschied. Nach Weinbau-Praktika in Deutschland, Frankreich, Österreich, Südafrika und Neuseeland übernahm sie 2006 im Alter von 26 Jahren die Verantwortung für den Produktionsbereich im Schlossgut Diel an der Nahe und 2007 an der Seite ihres Vaters Armin Diel die Geschäftsführung. Die heutige Winzergeneration habe mehr Zeit für ihre Ausbildung als die Generation ihrer Eltern und werde auch mehr gefördert, meint sie. „Die Ausbildung ist insgesamt fundierter und internationaler, man ist besser vernetzt, es gibt einen größeren Austausch und mehr Zusammenarbeit. In den ersten Jahren im Betrieb hat man auch noch mehr Kapazitäten. Man will etwas bewegen und gemeinsam etwas erreichen.“

Der heutige Erfolg des deutschen Weins sei maßgeblich der harten Arbeit der Elterngeneration zu verdanken, sagt Diel. „Sie ist das Fundament, auf dem wir heute aufbauen können.“ Früher hätten die Winzer ihre Leistungen und Erfolge allerdings nicht so deutlich nach außen getragen. „Das Selbstverständnis ist heute anders, und die Wahrnehmung des deutschen Weins im deutschen Markt ist ja auch erheblich gestiegen. In den Exportländern hat deutscher Wein schon länger ein gutes Standing, aber in den 80er-Jahren gab es keinen deutschen Wein auf den Weinkarten der Drei-Sterne-Restaurants.“ Auf Schlossgut Diel soll die Weiterentwicklung organisch erfolgen. „Für einen Traditionsbetrieb ist es wichtig, dass Veränderungen nicht zu schnell geschehen“, sagt Diel. „Ein Familienweingut ist ein Gemeinschaftsprojekt. Die Zusammenarbeit zwischen den Generationen ist wichtig. Mein Vater hat die jetzigen Strukturen im Betrieb geschaffen. Ich will dafür sorgen, dass unsere Weine noch authentischer werden, und ihre Herkunft noch stärker zeigen.“

Innovationen in den USA und auf Sylt

Progressiver geht Christian Ress mit dem Thema Innovation um. Er studierte in Wiesbaden Betriebswirtschaft, arbeitete in Weingütern in Deutschland und Frankreich, lernte die Weinwirtschaft in den USA und Großbritannien kennen und war bereits elf Jahre im elterlichen Weingut Balthasar Ress im Rheingau tätig, bevor er 2010 mit Mitte 30 dessen Leitung übernahm. 2009 legte er einen Weinberg auf Sylt an, um angesichts des Klimawandels das Weinbaupotenzial auf der Nordseeinsel zu testen. Im selben Jahr eröffnete er die „wineBANK“ – einen Gewölbekeller unterhalb seines Gutshauses, in dem Wein-



Zwei Generationen Weinbau: Michael Graf Adelmann (links) und seinem Sohn Felix ist die Übergabe der Geschäfte gelungen.



liebhaber „die eigenen Weine aufbewahren und sie mit Freunden oder Geschäftspartnern zu jeder Tages- und Nachtzeit spontan verkosten“ können. Ress äußert sich ähnlich wie Felix Graf Adelmann: Der Weinsektor „hat sich in Deutschland in den vergangenen 15 Jahren als extrem innovativ und qualitätsorientiert gezeigt. Die Qualität der deutschen Weine hat sich wohl kaum jemals in einem so kurzen Zeitraum so deutlich positiv verändert.“ Für die Zukunft sagt Ress eine „weitere Konzentrierung, steigende Betriebsgrößen und damit eine zunehmende Professionalisierung der Branche“ voraus. Die Absatzmärkte würden stetig wachsen, und auch die „Erwartungshaltung seitens der Kunden in Sachen Transparenz, Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit unseres Handelns“ werde steigen, erwartet er. Man darf zuversichtlich sein, dass die neue Winzergeneration diese Herausforderungen meistern wird. ●



WEINJOURNALIST CARSTEN M. STAMMEN schreibt unter anderem auf vicampo.de und vinolog.de. Zusammen mit Alexander Schreck ist er Autor des Buchs „Wine Entrepreneurs“. redaktion@libmag.de



Einmalig mutig

Neue Ideen umsetzen — dieses Erfolgsrezept steht für den deutschen Mittelstand, egal ob anno 1900 oder im 21. Jahrhundert, egal, ob das Produkt aus solider Handwerksarbeit besteht oder aus Programmcodes. *liberal* stellt einige Macher vor.

// TEXT // ANDREAS SPIEGELHAUER



DDR-MUSEUM

Die Idee war aus der Not geboren: Vor fast zehn Jahren besuchte der Freiburger Ethnologe Peter Kenzelmann Berlin. Was er damals verzweifelt suchte, aber nicht fand, war ein Museum, das die Geschichte der DDR und seiner gut 16 Millionen Einwohner erzählt. Am 15. Juli 2006 war diese Marktlücke geschlossen. Mit **Robert Rückel**, ebenfalls aus dem Breisgau, gründete Kenzelmann an der Karl-Liebknecht-Straße 1 das DDR-Museum. Ohne staatliche Förderung schreibt das Haus an der Spree eine Erfolgsgeschichte: Jährlich kommen 580.000 Besucher. Gut 40 Prozent sind nicht aus Deutschland. Nach einer Umfrage der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) ist das DDR-Museum bei

ausländischen Touristen das beliebteste Einzelmuseum in Deutschland. Noch in diesem Jahr wird die Vier-Millionen-Besucher-Grenze geknackt. Der Jahresumsatz beläuft sich auf drei Millionen Euro. Am Museum arbeiten mehr als 40 Menschen mit, von denen 15 fest angestellt sind. Museumsdirektor Rückel ist vergleichsweise bescheiden: „Abgesehen von unserem interaktiven Ausstellungskonzept ist Berlin natürlich der absolut beste Standort. Hier trieft Geschichte aus allen Poren. Doch die Konkurrenz ist natürlich riesig.“ Und so planen die Macher an der Spree schon die Zukunft: Im Jubiläumsjahr 2016 wird die Ausstellungsfläche erneut vergrößert.

Fotos: DDR Museum: Anna Mutter/fotografia; Satek; action press



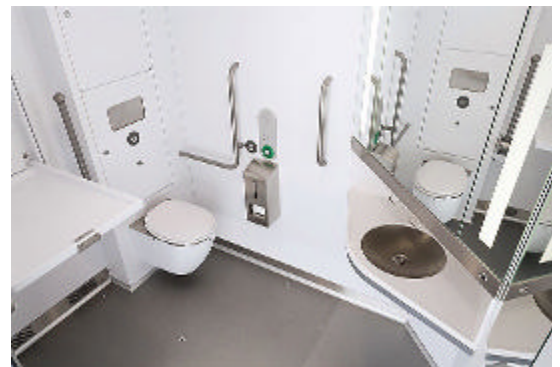
FRITZ-KOLA

Viele gute Projekte sind irgendwann in irgendeiner Studentenbude entstanden. 2002 saßen **Lorenz Hampf** und **Mirco Wolf Wiegert** in Hamburg zusammen und erfanden ein neues Getränk: die Fritz-Kola. 2003 ging das Duo in der Hansestadt an den Start, unkonventionell, pragmatisch und clever: Als Flaschenlogo verwendeten sie kurzerhand ihre beiden Köpfe, vermieden so Probleme mit dem Urheberrecht, distanzierten sich gleichzeitig vom Coca-Cola-Emblem. Die Logos vervielfältigten die beiden Freunde aus Kindheitstagen anfangs im Copyshop und beklebten „ihre“ Flaschen selbst. Den Inhalt lassen sie sich bis heute von kleinen familien- beziehungsweise inhabergeführten Abfüllbetrieben produzieren. Das Geschäft lief zunächst im Direktverkauf an die Szenegastronomie. Die Fritz-Kola war bald über Hamburgs Grenzen hinaus ein Begriff und ist seit Ende 2005 im Getränkegroßfachhandel und in Szenelokalen in ganz Europa zu haben. Vor zehn Jahren vervollständigten diverse Limonaden das Angebot, das Unternehmen ist mittlerweile eine GmbH mit etwa 30 Mitarbeitern. Eine Erfolgsgeschichte: Über konkrete Umsätze sprechen die beiden Geschäftsführer, die immer noch von einem „Projekt“ sprechen, aber nicht gern, zu umkämpft sei der Markt. Kooperationen mit anderen Konzernen lehnten die beiden bislang ab. Visionen haben sie trotzdem: „Mittelfristig ist die europaweite Verfügbarkeit angestrebt und dann der Sprung über den großen Teich.“



SATEK

Salach bei Göppingen, eine kleine Gemeinde mit knapp 8.000 Einwohnern. Kaum zu glauben, dass hier auf einem 5.500 Quadratmeter großen Betriebsgelände ein ziemlich intimer Millionenauftrag für die neue Generation der ICx-Züge der Deutschen Bahn zusammengebaut wird: Die 90 Mitarbeiter der Firma Satek stellen Toilettenmodule für Züge her. Der Chef ist die Bodenständigkeit in Person: **Jürgen Kaiser**, Jahrgang 1961, hat den Hauptschulabschluss, durchlief eine Schreinerlehre, arbeitete, machte in der Abendschule seinen Meister und baute zunächst Toilettenkabinen für Altenheime. Im September 2004 gründete er Satek. Damals hatte die Firma 14 Mitarbeiter und konzentrierte sich fortan auf das Bahngeschäft mit dem Spezialgebiet Sanitärkabinen. Im Gründungsjahr baute das Unternehmen gerade mal 17 Nasszellen. Zehn Jahre später stieg die Klohäuschenquote auf 439. Passagiere in Deutschland, Russland, Österreich und in der Schweiz nutzen die stillen Örtchen aus Salach. Belief sich der Satek-Umsatz im Gründungsjahr auf 0,6 Millionen Euro, waren es im Jahr 2014 schon 11,5 Millionen Euro, Tendenz steigend. Satek baut derzeit für Siemens nicht nur Nasszellen für die ICx-Reihe, sondern auch für Nahverkehrszüge in der Türkei. Jürgen Kaiser bezeichnet seinen Führungsstil gerne als familiär. Da könnte was dran sein: Nebenbei betreibt der Satek-Chef in seinem Heimatort auch noch die „Kaiser Destillerie-Obstweinkellerei“.





OUTFITTERY

Die Firmengründerinnen bezeichnen sich selbst als „Männerversteher“. Das müssen sie auch: **Anna Alex** und **Julia Bösch** sind Geschäftsführerinnen des Herrenmode-Onlineshops Outfittery. Das Anfang 2012 an den Start gegangene Unternehmen in Berlin hat sich ein bewusst falsch geschriebenes „Mannifest“ gegeben. „Bei uns dreht sich alles nur um Männer“, heißt es da. Die Herren der Schöpfung werden individuell beraten - am Telefon, per E-Mail oder per WhatsApp. 200 Mitarbeiter hat die Outfittery GmbH, davon sind 100 als Style-Experten im Einsatz. „Betreutes Shoppen“, witzeln Journalisten. Im Frühjahr zählte das Start-up-Unternehmen 200.000 Kunden. Wenig überraschend sind das vorwiegend Männer im Alter zwischen 30 und 50 Jahren in Deutschland, der Schweiz, Österreich, den Beneluxländern und Teilen Skandinaviens. Die Chefinnen geben launige Maximen aus: „Wir hassen Umkleidekabinen.“ Begründung: „Wir sind überzeugt, dass es deutlich spannendere Sachen gibt, als mit heruntergelassenen Hosen im Kaufhaus zu stehen.“ Die Geschäftsidee ist vergleichsweise simpel: Das Unternehmen spart sich die Miete für Ladenlokale, lockt mit Beratung und kostenlosem Versand der Premiumware. Modescheren im Kopf gibt es nicht: „Wir interessieren uns nicht für Magermodels und hautenge Kleidung, die niemand tragen kann. Wir beraten echte Männer - und das bis 5XL“, lautet die Strategie. An die glaubten auch mehrere Investoren, darunter Holtzbrinck Ventures und der High-Tech Gründerfonds.



HARIBO

Dass sie allgegenwärtig sind, ist eigentlich kein Wunder:

Jeden Tag produziert die Haribo GmbH & Co. KG mit Stammsitz in Bonn 100 Millionen Goldbären – im Volksmund immer noch Gummibärchen genannt.

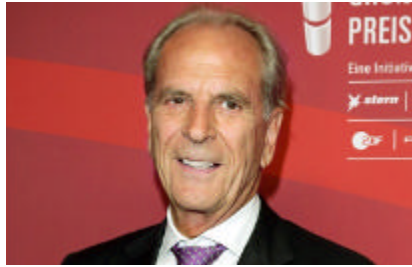
7.000 Mitarbeiter beschäftigt das Familienunternehmen, davon 4.000 an fünf Standorten in Deutschland und zehn weiteren in Europa. Am Anfang steht der gelernte Bonbonkocher **Hans Riegel**, der 1920 mit einem Sack Zucker, einer Marmorplatte, einem Hocker, einem gemauerten Herd, einem Kupferkessel und einer Walze seine Firma Haribo aus der Taufe hebt. In den 1930er-Jahren lässt er sich den legendären Slogan: „Haribo macht Kinder froh ...“ einfallen. Der Rest ist Geschichte, eine Erfolgsgeschichte: Die Söhne des Gründers, Paul (1926-2009) und Hans (1923-2013), machten Haribo zu einer unverwechselbaren Marke, ergänzten sich kongenial. Haribo macht erfolgreiches Marketing: Als der jahrzehntelangen Werbepartnerschaft mit dem TV-Entertainer Thomas Gottschalk der Schwung auszugehen droht, setzt das Familienunternehmen geschickt auf die neue Generation. Der Komiker Michael „Bully“ Herbig ist seit dem 1. Januar dieses Jahres das neue Gesicht der Marke. Seit 2010 ist die Haribo-Gruppe die Haribo-Holding GmbH & Co. KG. 2017 soll in der Gemeinde Grafschaft ein neuer Standort für 300 Mitarbeiter eröffnet werden. Das Unternehmen expandiert und setzt dabei doch weiter auf die Familientradition: Seit dem Tod der Haribo-Brüder Paul und Hans haben deren Neffen das Sagen.



Fotos: Outfittery; Haribo; Joern Wolter / Vario Images

HERAEUS HOLDING

Die Zahlen, die der deutsche Technologiekonzern Heraeus Holding GmbH vorlegt, sind beeindruckend: Mit Edelmetallen, Medizintechnik, Sensoren, Speziallichtquellen und Quarzglas erwirtschaftet das 1851 gegründete Familienunternehmen 2014 einen Umsatz von mehr als 15 Milliarden Euro. Hinter dem Erfolg steht ein Patriarch der besonderen Art: **Jürgen Heraeus**, 78, Vater von fünf Töchtern, Vorsitzender von UNICEF Deutschland und Wirtschaftspionier. Seit 1964 arbeitet er im Betrieb, der vor mehr als 160 Jahren als Apotheke an den Start ging. 1983 gab Heraeus als Vorsitzender der Geschäftsführung dem Unternehmen eine Holdingstruktur – ein Novum in Deutschland. Unter seiner Führung wuchs der Umsatz, die Zahl der international tätigen Mitarbeiter stieg auf mehr als 10.000. Im Jahr 2000 wurde Heraeus Vorsitzender des Aufsichtsrats, übergab die Führung aber nicht an ein Familienmitglied, sondern an externe Manager. Durch die Holding-Konstruktion, zu der sechs Geschäftsbereiche gehören, hat das Unternehmen früh Strukturen bekommen, die mit einer Aktiengesellschaft vergleichbar sind. Heraeus widerstand der Versuchung, alles an die



Börse zu bringen, um dort Geld zu machen. Sein Credo: „In einem unabhängigen Unternehmen lebt und denkt es sich unabhängiger.“ Der 78-Jährige zieht nachhaltigen Erfolg kurzfristiger Gewinnmaximierung vor: „Die, die Kasino spielen, kann man auch pleitegehen lassen“, hat er einst angemerkt. Seit Kurzem nimmt mit Schwiegersohn Jan Rinnert übrigens wieder ein Mitglied der Familie auf dem Chefsessel Platz. Noch ein Heraeus-Prinzip: Jedes Familienmitglied muss Geld verdienen und soll sich nicht auf die Ausschüttung verlassen. Die selbst ist gedeckelt – auf 25 Prozent des Gewinns. Unter anderem beschloss der Familienclan nach dem Verkauf der Dentaltechnik an den japanischen Chemiekonzern Mitsui, den Erlös im Unternehmen zu belassen.

IMEVAX

Nur wenige Hundert Meter Luftlinie von der Technischen Universität München (TUM) entfernt will ein biopharmazeutisches Unternehmen die Welt vor seuchenartigen Erkrankungen schützen: Die Imevax GmbH wurde 2014 aus der TUM ausgegründet und erhielt im Rahmen des GO-Bio-Phase-II-Programms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine Förderung in Höhe von 5,9 Millionen Euro. Das Unternehmen entwickelt Impfstoffe. Das Hauptprodukt IMX101 ist ein Impfstoff gegen *Helicobacter pylori*, ein Bakterium, das zu Geschwüren und Karzinomen im Magen führen kann. Professor Dr. Erich Schlick ist Mitglied des Imevax-Aufsichtsrats und General Partner beim Investor Wellington Partners. Für dessen 7,5 Millionen Euro schwere Finanzierung des Imevax-Impfstoffes sieht er gute Gründe: „Angesichts der pandemischen Natur von Infektionen und dem enormen medizinischen Bedarf ist es dringend notwendig, neuartige Behandlungsstrategien zu entwickeln.“ Imevax-Gründer **Markus Gerhard** und sein Team – die Mitarbeiterzahl wird mit zwischen 14 und 50 angegeben – haben entdeckt, dass viele andere gefährliche Krankheitserreger Immunevasionsmechanismen entwickelt haben, die ebenfalls im Mittelpunkt des Imevax-Screening-Programms stehen.

KLAIS-ORGEL

Schon mal im größten Konzertsaal von Buenos Aires ein Orgelkonzert gehört?

Nein? Aber im Kölner Dom vielleicht? Fakt ist: Der Sound des jeweiligen Instruments stammt aus der 1892 gegründeten Werkstatt der Klais Orgelbau GmbH & Co. KG in Bonn. Gründer war der Urgroßvater des heutigen Geschäftsführers **Philipp Klais**. Vom aktuellen Chef des Weltmarktführers stammt das Zitat: „Wir verkaufen ja kein Produkt, wir verkaufen Klang.“ Die kleinsten Klais-Modelle kosten 60.000 Euro, die tonnenschweren Großprojekte mehrere Millionen Euro. Auf der Firmen-Homepage gibt es eine Weltkarte mit zahlreichen Punkten, die den Standort einer Klais-Orgel markieren. Ein Massengeschäft ist der Orgelbau aber nicht. Das Unternehmen beschäftigt konstant zwischen 60 und 70 Mitarbeiter. Klais will im marktwirtschaftlichen Sinne nicht wachsen. Eine krisenfeste Branche? Eher nicht: Dass Kirchen und Kommunen vor Jahren klamm waren und Investitionen scheuten, bekamen die Bonner erst mit Verzögerung zu spüren. Im Orgelbau muss man warten können: Sollte die millionenschwere Elbphilharmonie in Hamburg 2017 fertig sein, soll auch darin eine Klais-Orgel zu hören sein.



Treibjagd

Jäger und Naturschützer haben aufeinander angelegt. In mehreren Bundesländern, in denen grüne Politiker das Sagen im Umweltressort haben, wurden die Jagdgesetze novelliert. Tendenz steigend. Im Ringen um Auflagen und Abschussverbote der ökologischen Zeitenwende geht es für die Jägerschaft um ihr tradiertes Selbstverständnis.

// TEXT // **RALF KALSCHUR**

Die Treibjagd ist eine Gesellschaftsjagd. Die Gruppe der Treiber bildet auf freiem Feld einen mehrere Hundert Meter großen Kreis. Sie rufen laut, ihre Hunde bellen, das Niederwild wird hochgebracht. Schritt für Schritt gehen die Treiber voran, verringern den Radius und die Abstände zueinander. Sie schließen den Kessel. Die Jäger schießen mit Schrot in das Treiben und bringen das flüchtige Wild zur Strecke. Das Totverblasen wird nach der erfolgreichen Jagd mit Fürst-Pless-Hörnern angestimmt. Ein uralter jagdlicher Brauch. Das Signal war nie dazu gedacht, nach Abschied zu klingen.

Die Jagdtradition wandelt sich. Der Jägerschaft werden immer mehr Privilegien entzogen, die noch auf Regelungen der Preußen zurückgehen. Die Preußischen Verordnungen über die Jagd wurden 1934 von Reichsjägermeister Hermann Göring im Reichsjagdgesetz übernommen und 1952 formal überarbeitet in ein Bundesgesetz umgewandelt. Ein altes Nazigesetz, wie einige Jagdgegner proklamieren, ist das Bundesjagdgesetz also nicht. Seit der Föderalismusreform 2006 wird die Jagd dezentral in den Ländern geregelt. Ein Bundesland nach dem anderen macht seither von seiner neuen Gesetzgebungskompetenz Gebrauch. Rheinland-Pfalz änderte das Jagdrecht 2010, vier Jahre später folgte die

Novellierung im Saarland. In Baden-Württemberg trat im April 2015 das neue Jagd- und Wildtiermanagementgesetz in Kraft, demnächst ist Nordrhein-Westfalen mit seinem ökologisch reformierten Jagdrecht an der Reihe. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind Gesetzesänderungen geplant. Die Waidmänner fühlen sich von der Politik in die Enge getrieben und sehen die traditionelle Jagd zum Abschuss freigegeben.

Jägerdemo vor dem NRW-Landtag

Der Protest regt sich bundesweit. Besonders groß ist der Ärger der Jäger in Nordrhein-Westfalen, wo 87.000 von bundesweit etwa 370.000 Jagdscheininhabern leben. 15.000 Demonstranten zogen in diesem Frühjahr 2015 vor den Düsseldorfer Landtag, um gegen die „ideologiegeprägte Jagdrechtsnovelle“ zu protestieren. „Die Grünen wollen das Naturschutzrecht über das Jagdrecht stellen“, sagt Ralph Müller-Schallenberg, Präsident des NRW-Landesjagdverbands: „Das ist für uns Jäger, aber auch für alle Grundeigentümer in NRW, die Landwirte, Waldbauern und alle anderen unserer Partner im ländlichen Raum nicht akzeptabel.“ Der Bundes- wie auch die Landesjagdverbände sind anerkannte Naturschutzverbände. In grün regierten oder mitregierten Ländern gestalten grüne Minister die Jagdpolitik.

Foto: Getty Images/LOOK





Grüne und Grünröcke stehen sich unversöhnlich gegenüber und ringen um die Deutungshoheit ihrer unterschiedlichen Naturschutzauffassungen. Die größte Medienaufmerksamkeit erfährt der Streit um den Abschuss von Hauskatzen. Seit der Tierschutz 2002 als Staatsziel in das Grundgesetz aufgenommen wurde, wird die Debatte hochemotional geführt.

Wer im Internet nach Katzenbildern sucht, bekommt einen ganz guten Eindruck von der unendlichen Kapazität des weltweiten Rechnernetzwerks. Menschen lieben Katzen, sie leben in acht Millionen deutschen Haushalten. „Niemand von uns Jägern tötet gerne Katzen“, sagt Müller-Schallenberg. Trotzdem wollen sich die Jäger das Tötungsrecht nicht absprechen lassen. In NRW werden jährlich rund 8.000 wildernde Katzen geschossen. Eine aktuelle Studie kam zu dem Ergebnis, dass Katzen in den Vereinigten Staaten jährlich zwischen 1,4 und 3,7 Milliarden Vögel und zwischen 6,9 und 20,7 Milliarden kleine Säugetiere reißen. Nach Schätzungen sollen in Deutschland etwa 200 Millionen Vögel pro Jahr wildernden Katzen zum Opfer fallen.

Jäger fordern, dem Katzenproblem durch Kastration, Kennzeichnung und Besteuerung beizukommen. Doch eine Katzensteuer ist nicht in Sicht. Indes wird mit dem ökologischen Jagdgesetz in NRW die 2012 abgeschaffte Jagdsteuer wieder eingeführt. „Wir haben lange für die Abschaffung der Jagdsteuer gekämpft. Wenn sie wiederkommt, dann werden wir Jäger kein Fallwild mehr entsorgen“, droht Müller-Schallenberg: „Wir machen keine Kompensationsleistungen für die Allgemeinheit, um dann mit der Steuer bestraft zu werden.“ Fallwild ist überfahrenes Wild, die Kommunen müssten für den Abtransport der Kadaver vom Straßenrand aufkommen. Müller-Schallenberg meint, dass die Kosten dafür höher sein könnten als die Einnah- »

men durch die Bagatellsteuer. Die betrugen vor der Abschaffung in Nordrhein-Westfalen etwa acht Millionen Euro jährlich. Neben der Steuer müssen die Jäger Landwirten Entschädigungen zahlen und die Kosten für die Revierpacht an den Grundeigentümer sowie für die Hege des Wildbestands tragen. Es gibt kaum 1.000 Berufsjäger in Deutschland, fast 370.000 Menschen betreiben die kostenintensive Leidenschaft nebenberuflich.

Dass mit dem ökologischen Jagdgesetz die Liste der jagdbaren Arten von mehr als 100 auf 27 zusammengestrichen worden ist, regt die Jäger nicht weniger auf. Müller-Schallenberg argumentiert: „Die Tiere, die aus dem Katalog genommen werden, sind jetzt schlechtergestellt. Das Jagdrecht ist der Rechtskreis, der den Tieren den höchstmöglichen Schutz bietet.“ Die aus der Abschussliste genommenen Arten, etwa die Greifvögel, Entenarten oder der Luchs, werden den Jagdalltag des Waidmanns in NRW kaum verändern. Sie wurden ohnehin ganzjährig nicht mehr bejagt, nun müssen sie auch nicht mehr gehegt werden. Es geht den Jägern ums Prinzip, um ihren Stolz.

Jagdzeiten werden eingeschränkt, Schwarzwild darf in Notzeiten nicht mehr gefüttert werden, die Baujagd auf den Fuchs wird verboten, Totschlagfallen sind untersagt, die Hundeausbildung an der lebenden Ente ist nicht mehr erlaubt. „Diese Verbote sind tierschutz- und artenschutzwidrig“, sagt Müller-Schallenberg, man prüfe rechtliche Schritte dagegen: „Es geht aber bei den Verboten nicht nur um die Jagd, es geht auch um grundsätzliche Fragen des Eigentums und der Handlungsfreiheit.“

Die Jäger fühlen sich entmündigt, degradiert zu ökologischen Hilfsdiensten und zur Schädlingsbekämpfung. Ihre Aufgabenbeschreibung verändert sich grundlegend. Das neue Jagd- und Wildtiermanagementgesetz in Baden-Württemberg zeigt den Paradigmenwechsel an. Die Liste der jagdbaren Arten ist hier durch ein „Drei-Schalen-Modell“ ersetzt worden. Die Arten werden einem Nutzungs-, einem Entwicklungs- oder einem Schutzmanagement zugeteilt. Nur sieben Schalenwildarten wie Rehwild,

Wildkaninchen und Fasan dürfen genutzt, also geschossen werden. Der Hase etwa unterliegt dem Entwicklungsmanagement und darf nach Population nur regional erlegt werden. Geschützte Arten dürfen generell nicht bejagt, müssen aber gehegt werden. Die Jäger sind verpflichtet, sich am dreistufigen Management zu beteiligen und auch zur Erfassung der Wildtierbestände beizutragen.

Zu wenig Naturschutz im Jagdrecht?

„Der fundamentale Unterschied zwischen unserer Auffassung von Naturschutz und der vonseiten der Jägerschaft liegt im Hegebegriff“, erklärt Eick von Ruschkowski: „Die Jäger pflegen und füttern Wild primär, um es jagen zu können. Im Vordergrund steht nicht der Naturschutz, sondern die Jagd und der Mensch.“ Der Fachbereichsleiter Naturschutz und Umweltpolitik beim Naturschutzbund Deutschland (NABU) kritisiert, dass Jäger oft Arten zum Jagd Zweck wiederansiedeln, statt zu prüfen, warum eine Art zurückgegangen ist. Die Jäger sollten ihre Rolle als Naturschutzverband stärker annehmen, meint Ruschkowski: „In den Verhandlungen um die Novelle in NRW haben sich die Jäger wenig kompromissbereit gezeigt. Ich kann verstehen, dass man Privilegien ungern abgibt, doch das Jagdrecht muss modernen Ansprüchen angepasst werden.“ Ein Teil der Jäger lasse die Bereitschaft zu Veränderung erkennen, so der 40 Jahre alte Naturschützer, „doch der konservative Teil will den Abschuss.“ Müller-Schallenberg hält dagegen: „Wir investieren viel Geld in unsere Reviere, gerade auch für biotopverbessernde Maßnahmen. Wir jagen sicher nicht aus Spaß am Töten.“

Auf welcher grünen Seite steht die Bevölkerung? Die von den Konfliktparteien beauftragten Fragesteller liefern keine eindeutige Antwort. Der Landesjagdverband engagierte Emnid für eine Umfrage in NRW: 77 Prozent der Befragten gaben an, dass die Jäger mehr Wildtiere erlegen sollten, wenn dies notwendig ist, um den Wald zu schützen und Wildschäden zu vermeiden. Der NABU ließ Forsa herausfinden: 84 Prozent der Befragten in Deutschland wollen mehr Naturschutz und mehr Tierschutz im Jagdrecht.

Wie weit die Tierliebe der Deutschen geht, testet der volksmündlich böse Wolf seit einigen Monaten in



mehreren Bundesländern. In Brandenburg wurden in zwei Nächten 15 Damhirsche gerissen. Im niedersächsischen Landkreis Vechta ließ sich ein Tier in der Nähe eines Waldkindergartens blicken. Märchenhaft fanden die besorgten Eltern die Begegnung mit *Canis lupus* nicht gerade. Panisch reagierte eine 46-jährige Frau in Lüneburg, die mit ihren beiden Hunden spazieren ging und dabei das Interesse eines Rudels weckte. Sieben Wölfe näherten sich ihr ohne Scheu und ließen sich auch durch lautes Rufen nicht vertreiben. Die Frau ergriff die Flucht und brach später unter Schock zusammen.

Der Wolf ist zurück in Deutschland

„In Niedersachsen sind mehrere Rudel heimisch geworden“, sagt Gero Hocker, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion: „Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die aber auch zu Problemen führt. Die Wölfe vermehren sich explosionsartig.“ Allein in Vechta wurden schon mehr als 70 Schafe von den Raubtieren gerissen. Hocker: „Der Wolf ist sehr anpassungsfähig. Ein paar Tiere haben ihre Scheu vor dem Menschen verloren und erkannt, dass Nutztiere eine leichte Beute sind.“

Die Nutztierhalter sollen dafür sorgen, dass ihre Herden von wolfsabweisenden Schutzzäunen und Herdenschutzhunden geschützt werden. Dafür gewährt das Land Niedersachsen „Billigkeitsleistungen“ als freiwillige Zahlungen zum anteiligen Ausgleich der durch den Wolf verursachten wirtschaftlichen Belastungen. Der Wolf verursache für Viehhalter nicht nur zusätzliche Kosten, sondern auch ein Haftungsrisiko, meint Hocker: „Wenn eine Herde in Panik vor dem Wolf ausbricht und Rinder auf die Straße flüchten, kann es zu schweren Unfällen kommen.“ Die abgedeckte Schadenssumme durch die Haftpflichtversicherung für Nutztierhalter könne im Ernstfall „zu knapp bemessen“ sein.

Deshalb fordert der Umweltperte, das Jagdrecht auf den unter Artenschutz stehenden Wolf auszuweiten. „Jetzt muss ein Rechtsrahmen geschaffen werden, damit Problemtiere von Fachleuten erlegt werden dürfen. Sonst geht in fünf Jahren das große Schießen los“, kritisiert Hocker die „naive Willkommenskultur“ der Naturschutzverbände.



Er ist zurück: Der Wolf ist in Deutschland wieder heimisch. Was Naturschützer jubeln lässt, führt unter anderem in Niedersachsen zu Problemen.

„Es gab 150 Jahre lang keinen Wolf mehr in unserer Landschaft, wir müssen den Umgang mit ihnen erst wieder lernen“, sagt Eick von Ruschkowski vom NABU. Es gebe keinen Grund, den Wolf ins Jagdrecht zu überführen, das Wolfsmanagement sei im Naturschutzrecht bereits vorgesehen. Zum Managementplan gehört es, im Falle einer Wolfssichtung den nächsten Wolfsberater anzurufen. „Bis der da ist, ist der Wolf über alle Berge, wie mehrfach schon geschehen“, sagt Hocker. „Der Experte ermittelt vor Ort, ob der Wolf vergränt werden muss. Wenn dies der Fall ist, etwa weil ein Tier durch illegale oder unbewusste Fütterung an den Menschen gewöhnt wurde, sind Gummigeschosse eine Möglichkeit der Vergrämung“, sagt Ruschkowski. „Wölfen allen Ernstes mit Gummigeschossen die Angst vor dem Menschen zu vermitteln, hat für mich mit dem Tierwohl wenig gemein“, sagt Hocker. „Bei Problemwölfen, die erwiesenermaßen dauerhafte Risiken für Menschen oder Nutztiere mit sich bringen, ist auch ein Abschuss möglich“, so Ruschkowski: „Wir dürfen mit den Ängsten der Menschen nicht sorglos umgehen.“

Eine norwegische Studie hat ergeben, dass in Europa zwischen 1950 und 2000 neun Menschen von Wölfen getötet worden sind – fünf durch tollwütige Tiere, vier durch zuvor angeführte, an den Menschen gewöhnte Wölfe. Nach Schätzungen leben gut 30 Rudel mit insgesamt 300 Tieren im Bundesgebiet. Das sind doppelt so viele wie noch vor zwei Jahren. ●



RALF KALSCHOUR hat in seiner Jugend viele Hasen verzehrt und leider auch einige Katzen verloren, die Jäger auf den Feldern seiner Eltern erlegten. R.I.P. Punky, Minka und Peter. Der Autor lebt ohne Katze und mit gemischten Gefühlen zur Treibjagd in Berlin.

kalscheur@ktgb.de

Frei gewählt

Der gebürtige Dresdner FDP-Politiker Dirk Hilbert ist zum Oberbürgermeister seiner Heimatstadt gewählt worden – als Kandidat der bürgerlichen Mitte.

TEXT // ANDREAS SPIEGELHAUER

„Mathematisch gesehen wäre ich auch ohne die Pegida-Stimmen OB geworden, das ist mir persönlich ganz wichtig.“

Ein verregneter Sommermorgen in Dresden. Das Elbpanorama wirkt ziemlich grau. Dirk Hilbert ist trotzdem gut gelaunt. Vielleicht liegt es daran, dass er bei einem seiner vielen Termine an diesem Tag mit Kindern zu tun hat. Einige Teilnehmer der Dresdener Ferienpassaktion besuchen den Oberbürgermeister in seinem Amtszimmer. „Wer will Chef sein?“, fragt der 43-Jährige, selbst Vater eines Sohnes, in die Nachwuchsrunde, und tatsächlich schnellt ein Finger in die Höhe. Hilbert lächelt.

Vor ein paar Wochen hat er den bislang größten politischen Erfolg seiner Karriere gelandet. Die Dresdener wählten ihn zu ihrem Oberbürgermeister. Ihn, das FDP-Mitglied ohne aktuelles Parteiamt. „Ich bin als unabhängiger Kandidat für Dresden angetreten“, sagt er. Die Analysten der überregionalen Presse hatten sofort die Messer gewetzt: Hilbert sei womöglich von Pegidas Gnaden gewählt worden, lauteten einige Kommentare. Hintergrund: Im zweiten Wahlgang zog sich die Pegida-Kandidatin zurück und sprach eine Empfehlung für den bürgerlichen Kandidaten Hilbert aus. Der ist genervt von der Diskussion: „Mathematisch gesehen wäre ich auch ohne die Pegida-Stimmen OB geworden, das ist mir persönlich ganz wichtig.“

Seine FDP-Mitgliedschaft hat er im Wahlkampf nicht ins Feld geführt. „Bewusst

nicht“, wie er sagt. Wie viel Liberalismus steckt in ihm? „Ich bin freiheitsliebend und für selbstständiges Engagement“, sagt er. Geprägt habe ihn der Großvater, ein Hochschullehrer, der zu DDR-Zeiten in der LDPD – die Blockpartei ging später in der FDP auf – aktiv war. „Er war nicht in der SED und bot mir ein intellektuelles Umfeld, das hat mich stark beeinflusst“, erinnert sich der Enkel. Im Herbst 1989, kurz vor dem Ende der DDR, konstituierten sich die Jungen Liberalen in Dresden. „Wer würde gern mitmachen?“, hieß es damals. Hilbert zeigte auf, „landete“, wie er sagt, im Gründerausschuss und wird zum Kreisvorsitzenden gewählt.

Schnell zieht er sich aus dem politischen Geschäft wieder zurück. Er will sich die Unabhängigkeit bewahren, deshalb beendet seine Ausbildung und das Studium. „Einige meiner Weggefährten machten das nicht und bereuen es heute“, konstatiert er in der Rückschau. Nach der Ausbildung zum Elektronikfacharbeiter und Besuch des Abendgymnasiums studiert er Wirtschaftsingenieurwesen an der TU Dresden, geht unabhängig seinen Weg, der ihn unter anderem nach Köln führt. Von 1998 bis 2000 arbeitet er dort als Vorstandsassistent beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Schon 2001 holt Oberbürgermeister und FDP-Parteikollege Ingolf Roß-

berg den Projektmanager in die Heimat zurück. Hilbert wird in Dresden Beigeordneter für Wirtschaft, ist dann als Bürgermeister für die Ressorts Umwelt und Wirtschaft zuständig: „Umweltschützer neigen ja mehr zur Regulierung als die Wirtschaft“, sagt er.

Als die Umweltplakette im Straßenverkehr eingeführt wird, öffnet er den betroffenen Kleingewerbeunternehmern ein Zeitfenster zur sukzessiven Nachrüstung ihrer Fahrzeuge. Im Gegenzug wirbt er für Jobtickets, die die Mitarbeiter nutzen sollen. Der politische Entbürokratisierungsdeal habe funktioniert, sagt Hilbert: „Wir haben wachsende Nahverkehrszahlen, bessere Luftwerte und haben keine überflüssigen Vorschriften erlassen.“

Pragmatisch, ausgleichend, zielorientiert – so könnte man seinen Stil bezeichnen. Schon vor Jahren ist er Stellvertreter der CDU-Oberbürgermeisterin Helma Orosz, sammelt Erfahrungen. Als Orosz erkrankt, übernimmt Hilbert im März 2015 kommissarisch das OB-Amt. Nach seinem Wahlsieg im Juli sagte er: „Ich möchte Dresden zu einer Vorzeigestadt der Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern machen.“

Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Pegida – der 43-Jährige, der mit einer Koreanerin verheiratet ist, weiß, dass seine Heimatstadt gegen ein hartnäckiges Negativeimage kämpft. „Vorurteile“, sagt er knapp und analysiert: In Sachsen fehlen Frauen. Dresden sei wirtschaftlich gut aufgestellt, ein Bildungsstandort. Doch die Stadt und ihre gut 530.000 Einwohner kennen sich mit Ausländern nicht recht aus. „Der Flüchtling



ZUR PERSON

Dirk Hilbert, Jahrgang 1971, ist gebürtiger Dresdener und lebt mit seiner Frau und seinem Sohn im nördlichen Stadtteil Klotzsche, wo dörfliche Idylle und der Flughafen nebeneinanderliegen. Hilbert ist Anhänger der Dritte-Liga-Kicker der SG Dynamo Dresden und der Volleyball-Damen des Dresdner SC, die in der Bundesliga spielen.

muss ein Gesicht bekommen“, glaubt Hilbert. Er hat die sächsische CDU-Landesregierung für ihren Bürokratismus kritisiert. Während die Union Grenzkontrollen wieder einführen will, spricht er über die Realität in einem Lager: „Überlegen Sie, da sind junge Männer verschiedener Nationalitäten monatelang ohne Orientierung, Struktur und Perspektive zusammen – ein Pulverfass.“ Er sagt es ganz ruhig: „Wir müssen raus aus den Verwaltungsprozessen.“

Klingen da höhere politische Ambitionen an? Der 43-Jährige winkt ab. Kurz nach der Wahl habe ihm ein Stadtrat zu den nächsten 21 Jahren als OB gratuliert. „Da musste ich schmunzeln. Für mich stehen jetzt erst einmal sieben Jahre für Dresden an“, sagt er. Die Dauer einer regulären Amtsperiode also. Ein bundesweites Comeback der FDP hält er für „absolut möglich“ und „überfällig“. Sich selbst sieht er aber nicht als Vorreiter. Dresden ja, Bundestag nein. Nur vornehme Zurückhaltung?

Im OB-Wahlkampf hat Hilbert mal an einer Twitter/Facebook-Fragestunde teilgenommen. Es ging gewohnt unfair zur Sache. Er sei ein FDP-Bonze und korrupt wie alle Politiker, hieß es. Hilbert antwortete, dass es in seiner Verwaltung strenge Regeln gebe. Korruption gehöre eher in Ländern wie Russland zum Amtsgeschäft. Monate nach der Fragestunde winkt Hilbert ab, als er auf sein Zitat angesprochen wird. Russland? Vor Jahren hat er Kreml-Chef Wladimir Putin getroffen. Beeindruckend gut hätte Putin Deutsch gesprochen – mit ihm persönlich. Ex-SPD-Kanzler und Putin-Freund Gerhard Schröder war ebenfalls dabei. „Der hat keine zwei Sätze mit mir gewechselt“, erinnert sich Hilbert und nennt das Verhalten „von oben herab“. Ein politisches Urteil über Putins Führungsstil lässt er sich freilich nicht entlocken. Menschlich nennt er den umstrittenen Kreml-Chef „clever“. Das passt. ●



ANDREAS SPIEGELHAUER ist als gebürtiger Kölner immer wieder gerne in Dresden, kennt die Stadt noch aus Wendezeiten. Die Affinität hat auch einen persönlichen Grund: Sein Vater ist in Dresden geboren. redaktion@libmag.de

KAMPF FÜR DIE FREIHEIT

Der saudische Internet-Aktivist Raif Muhammad Badawi gründete 2008 das Online-Forum „Die Saudischen Liberalen“, eine Website über Politik und Religion in Saudi-Arabien. Die staatlichen Behörden reagierten zunächst mit Repressalien wie einem Reiseverbot. Vor zwei Jahren wurde bekannt, dass er zu sieben Jahren Haft und viermal 150 Peitschenhieben verurteilt worden war. Im Mai 2014 wurde das Urteil verschärft: Wegen „Beleidigung des Islam“ verurteilte ihn ein Gericht zu zehn Jahren Haft und 1.000 Peitschenhieben sowie einer hohen Geldstrafe. Im Januar 2015 wurde er erstmals öffentlich ausgepeitscht. Nun ist Badawi möglicherweise sogar von der Todesstrafe wegen „Abfalls vom Glauben“ bedroht. Seine Ehefrau **Ensaf Haidar**, die mit ihren Kindern in Kanada lebt, kämpft für das Leben und die Freiheit ihres Mannes. *liberal* hat sie in Berlin getroffen.

// INTERVIEW // **BORIS EICHLER**



Um Badawis Kampf für eine freiheitliche Gesellschaft zu unterstützen und sein Vorbild im Einsatz für die Menschenrechte zu fördern, engagiert sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit als Mitträger des **Raif Badawi Award for courageous journalists**. Auf Initiative seiner Frau Ensaf Haidar und der international media alliance e.V. (ima) wird die Auszeichnung für mutigen und herausragenden Einsatz für die Meinungsfreiheit erstmals am 13. November 2015 auf dem Bundesmedienball in Berlin vergeben. Ensaf Haidar: „Wir wollen die unterstützen, die sich wie Raif für ihren Einsatz für Freiheit in Gefahr gebracht haben.“ Der Award wird vom Bundesmedienball, dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels sowie von Ullstein Buchverlage gefördert. Unterstützer sind **Claus Kleber** (Moderator ZDF-heute-journal), **Alexander Kudascheff** (Chefredakteur Deutsche Welle), **Andrea C. Hoffmann** (*Focus Magazin*), **Maybrit Illner** (Moderatorin), **Sonja Schwetje** (Chefredakteurin n-tv), **Michael Konken** (Vorsitzender Deutscher Journalisten-Verband), **Frederik Pleitgen** (Senior International Correspondent CNN London Bureau), **Kai Diekmann** (*Bild*-Chefredakteur), **Peter Kloeppel** (Chefmoderator RTL aktuell) und **Mitri Sirin** (Moderator ZDF-Morgenmagazin).

liberal: Wie geht es Ihrem Mann, wann hatten Sie zuletzt Kontakt?

Ensaf Haidar: Ich konnte vor fünf Tagen mit meinem Mann telefonieren. Es geht ihm nicht gut, weder gesundheitlich noch seelisch. Die Situation ist seit Jahren unverändert schlecht.

Der Kampf für die Freiheit Ihres Mannes basiert vor allem darauf, Öffentlichkeit herzustellen ...

Es war für mich selbstverständlich, sofort aktiv zu werden. Einen dezidierten Plan hatte ich nicht. Für mich war es eine Frage der Menschlichkeit, unverzüglich etwas zu tun. Wohl weil es eine Frage der Menschlichkeit ist, solidarisiert sich auch die ganze Welt mit seiner Sache.

„ICH SUCHE ÜBERALL UNTERSTÜTZUNG.“

Alternativ hätten Sie auch auf stille Diplomatie setzen können. Wäre das der bessere Weg gewesen?

Ich setze auf beide Wege.

Können Sie sagen, aus welchen Ländern Sie besonders viel Unterstützung erfahren?

Ich muss mich vor allem bei Österreich, Deutschland, Norwegen und Schweden bedanken. Aber auch Kanada unterstützt uns sehr, das Land, in dem ich nun lebe. Ich will die Gelegenheit nutzen, um mich für die Hilfe zu bedanken, insbesondere bei der deutschen Regierung, und möchte darum bitten, weitere Unterstützung zu erhalten.

Könnten nicht auch die USA für Sie ein besonders wichtiger Partner in Ihrem Kampf sein?

Ich suche überall Unterstützung. Deshalb werde ich demnächst nach Washington reisen.

Ihr Mann war, so heißt es, von seiner Verhaftung überrascht. Hatte er falsch eingeschätzt, was möglich ist und was nicht?

Wir alle waren von seiner Verhaftung überrascht. Mein Mann ist ein friedliebender Mensch. Er hat seine Meinung auf eine andere Art und Weise geäußert, als das bis dahin üblich war. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Gibt es eine spezielle, sagen wir politische Situation, die Sie herstellen möchten, um Saudi-Arabien zur Freilassung Ihres Mannes zu bewegen?

Ich versuche alles, was möglich ist. Mit Unterstützern vor Botschaften zu stehen, mit Verantwortlichen zu sprechen, in vielen Ländern Interviews zu führen. All dies zu tun, erachte ich als Selbstverständlichkeit.

Bekommt man in Saudi-Arabien etwas mit von Ihrem Kampf?

Ich glaube ja, ganz bestimmt.

Aber ich kenne dort keine Unterstützer.

In diesem Herbst wird erstmals der „Raif Badawi Award“ verliehen. Weiß Ihr Mann davon?

Ja, er weiß darum. Für Raif ist das sehr wichtig. Er weiß auch von den vielen Auszeichnungen, die er bereits bekommen hat. Das ist eine Unterstützung, die ihn psychisch sehr stärkt. Wichtig ist jetzt, dass er weiterhin große Unterstützung erfährt. So lange, bis er freigelassen wird. ●



Als Hauptpartner des Preises lädt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in diesem Herbst zur Lesetour zum Buch „1.000 Peitschenhiebe“ von Constantin Schreiber, in dem er Texte Badawis gesammelt hat. In mehreren Städten Deutschlands werden unter anderem Sky du Mont, Albert Duin und Christopher Gohl Badawi-Texte vorlesen. **Informationen dazu und Termine unter: badawi.freiheit.org**



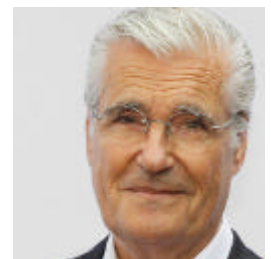
„Badawi und seine Familie verdienen unsere volle Unterstützung. Für uns Liberale ist Meinungsfreiheit so wichtig wie die Luft zum Atmen. Badawis Engagement ist uns allen ein Beispiel.“

Alexander Graf Lambsdorff



„Als liberaler Publizist ist Raif zu einem Symbol für die Meinungsfreiheit geworden. Ich werde niemals akzeptieren, dass jemand eingesperrt und ausgepeitscht wird, nur weil er sagt, was er denkt.“

Albert Duin



„Raif Badawi ist ein Mann, dessen Mut mich mit tiefer Bewunderung erfüllt. Freie Meinungsäußerung, bei uns selbstverständlich, aber oft missbraucht — für Badawi ein Ziel, für das er sein Leben einsetzt.“

Sky du Mont



liberal ist auch als iPad- oder Androidversion erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:

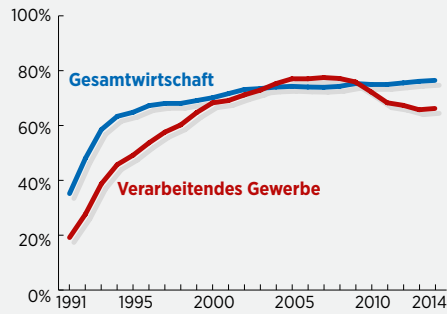
[Bildergalerien](#) • [Audio](#) • [Links](#) • [Videos](#)

liberal weiterempfehlen: kostenloses Probeexemplar

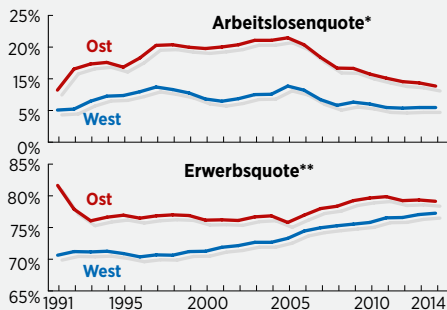
an Verwandte und Freunde über abo@libmag.de



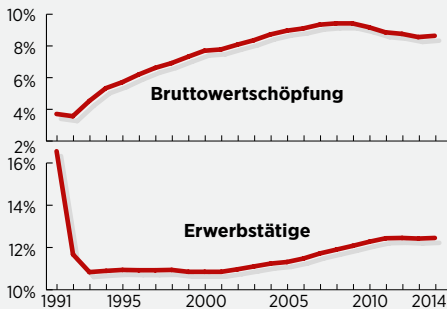
www.libmag.de/abo/
oder QR-Code scannen

Arbeitsproduktivität im Osten (1991–2014)*

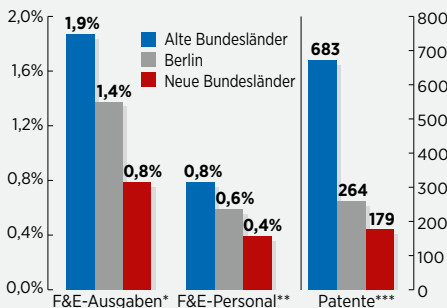
* Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigen in Prozent des Westniveaus; jeweils ohne Berlin; ab 2013 revidierte Daten **Datenquelle:** Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2014, 2015)

Arbeitsmarkt in Ost und West (1991–2014)

* bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen; ** 15 bis 65 Jahre; Ost einschl. Berlin; ab 2011 revidierte Daten auf Grundlage des Zensus 2011 **Datenquelle:** Bundesagentur für Arbeit (2015); Statistisches Bundesamt (2015b)

Entwicklung der Industrie (1991–2014)*

* Anteil des Ostens am verarbeitenden Gewerbe in Prozent des gesamtdeutschen Niveaus; jeweils ohne Berlin; ab 2013 revidierte Daten **Datenquelle:** Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2014, 2015)

Wissenschafts- & Technologieindikatoren (2013)

* F&E-Ausgaben der privaten Wirtschaft in Prozent der BWS der privaten Wirtschaft in jeweiligen Preisen; private Wirtschaft: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; produzierendes Gewerbe; Dienstleistung; Handel, Verkehr und Lagererei; Gastgewerbe, Information und Kommunikation; Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen abzüglich öffentlicher und sonstiger Dienstleister; Erziehung und Gesundheit; private Haushalte; ** F&E-Personal der privaten Wirtschaft in Prozent der gesamten Erwerbstätigen; *** Patentanmeldungen je Mio. Einwohner; Bevölkerungszahlen auf Basis des Zensus 2011, Stichtag: 30.06.2013 **Datenquelle:** Statistisches Bundesamt (2013, 2015a, 2015c); Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2014); Deutsches Patent- und Markenamt (2015)

VIEL GETAN, VIEL ZU TUN:**DREI FORDERUNGEN****NACH 25 JAHREN****DEUTSCHER EINHEIT**

// TEXT // **KARL-HEINZ PAQUÉ**

Die deutsche Einheit ist eine Erfolgsgeschichte im Osten, auch wirtschaftlich. Nach schweren Jahren der Transformation in den 1990er-Jahren erinnert nichts mehr an die sozialistische Planwirtschaft der Vergangenheit. Es gibt längst

- eine moderne Industrie, die technisch hochwertige Güter produziert,
- ein breites Spektrum an professionellen Dienstleistungen sowie
- eine Agrarwirtschaft mit hoher Wettbewerbsfähigkeit.

Infrastruktur, Bildungsangebot und Verwaltung sind auf gleichem Niveau wie im Westen. In Europa gehören sie in die Spitzengruppe.

Gleichwohl bleibt noch einiges zu tun. Noch immer gibt es – im statistischen Durchschnitt – einen Rückstand der Produktivität: Eine Arbeitskraft im Osten erwirtschaftet rund 75 Prozent der Wertschöpfung ihres Kollegen im Westen und dies bei längerer Arbeitszeit. Der Grund liegt nicht in der Qualität der Leistung, wohl aber in einem Rückstand der Innovationskraft. Die großen Forschungszentren der Industrie liegen im Westen, der Osten ist zum Teil noch immer eine „verlängerte Werkbank“, wo im Rahmen des Möglichen beste Wertarbeit geleistet wird, aber die großen innovativen Durchbrüche noch eher selten sind. Dies muss sich ändern – in den nächsten 25 Jahren. Was ist zu tun?

1 Gründerszene stärken!

Der Osten braucht – mehr noch als der Westen – risikobereite Start-up-Unternehmer. Sie sind Träger jener Kultur der Innovation, die allein verspricht, den verbleibenden Rückstand zum Westen zu beseitigen. Vor allem gilt es, Bürokratie abzubauen und dem Mittelstand das Leben zu erleichtern. Dazu braucht es keine großen Förderprogramme, wohl aber einen wachsenden Markt für Risikokapital, auch – wo nötig – mit angemessener Anschubfinanzierung durch den Staat.

2 Bildung und Forschung stärken!

Der Osten braucht – mehr noch als der Westen – eine Fortsetzung der erfolgreichen Entwicklung seiner Universitäten und Fachhochschulen. Sie sind es, um die jene Atmosphäre der Innovation entstehen kann, die Talente erst schafft und von außen anzieht. Trotz knapper Kassen müssen diese Zentren der Exzellenz wettbewerbsfähig bleiben. Dafür müssen die ostdeutschen Länder selbst, aber auch der Bund sorgen – egal, was derzeit noch überkommene Regeln des Föderalismus festschreiben.

3 Wachstumszentren stärken!

Der Osten braucht – mehr noch als der Westen – dynamische Ballungszentren. Diese werden immer mehr zu den Wachstumspolen der Innovation, nicht zuletzt infolge der demografischen Veränderung unserer Gesellschaft. Dies gilt vor allem für die Metropole Berlin mit ihrer enormen Ausstrahlungskraft. Es gilt aber auch für die Universitäts- und Industriestädte Dresden, Erfurt, Halle, Leipzig, Magdeburg, Rostock und deren Umfeld. Sie alle gilt es zu stärken und attraktiv zu machen.



6. Mai 2015 auf der Spree Rettet die Bunte Flotte

Neben den konventionellen Fahrgastschiffen der großen Reedereien tummeln sich auf vielen deutschen Gewässern auch vielerlei Exoten: historische Schiffe, Solarfahrzeuge, Partyflöße bis hin zum alten Dampfeisbrecher – die selbst-ernannte „Bunte Flotte“. Spaziergänger lieben den Anblick, Brautpaare und Geburtstagskinder sind begeistert, weil man die hübschen Schiffe samt Besatzung zu besonderen Anlässen mieten kann. So hat sich vor allem in Berlin, Brandenburg und Sachsen ein kleines wasser-touristisches Nischengewerbe entwickelt. Dem will nun jedoch das Bundesverkehrsministerium einen Riegel vorschieben – mit einer neuen „Sportbootvermietungsverordnung“. Die Boote sollen zwar immer noch vermietet werden

dürfen, jedoch nur noch an Gruppen, die das Boot eigenhändig steuern. Die Gestellung von erfahrenen Schiffsführern und Besatzung – meist die Eigner – wäre nicht mehr zulässig. Grund: die Sicherheit der Fahrgäste. Warum die Reise ausgerechnet ohne das Stammpersonal sicherer sein soll, vermag das Ministerium nicht zu erklären. Das nährt den ohnehin bestehenden Verdacht, dass hier die großen Reedereien einfach nur gute Lobbyarbeit geleistet haben. Sie würden vom Zusammenbrechen dieses kleinen Wirtschaftszweiges profitieren. Bislang konnten die kleinen Eigner das Inkrafttreten der Verordnung zumindest verzögern – unter anderem mit dieser Demonstration im Sommer auf der Spree. Ihr vielleicht größter Erfolg: Queen Elizabeth II. unternahm gemeinsam mit Bundespräsident Joachim Gauck eine Spreefahrt auf dem Backdeckkreuzer „Ajax“. Und der gehört auch zur „Bunten Flotte“. Nach der neuen Sportbootvermietungsverordnung hätte der vielleicht schönste Programmpunkt des königlichen Besuchs ausfallen müssen. Es sei denn, die Queen hätte das Ruder selbst in die Hand genommen ...

Fotos: DAVIDS/Boillot; dpa-Zentralbild



~~Freie~~ Unternehmer

**„PLEITE? PLEITE IST ÜBERHAUPT
KEIN AUSDRUCK. PLEITISSIMO!“**

(aus dem Film „Die Drei von der Tankstelle, D 1930)

// TEXT // BORIS EICHLER

Der Film „Die Drei von der Tankstelle“ aus dem Jahr 1930 gilt als der erste Blockbuster des deutschen Kinos. Die drei Freunde Willy, Kurt und Hans, gespielt von Willy Fritsch, Oskar Karlweis und Heinz Rühmann, kehren von einer mehrmonatigen Reise zurück und stellen fest: Sie sind pleite. Überall klebt der Kuckuck des Gerichtsvollziehers.

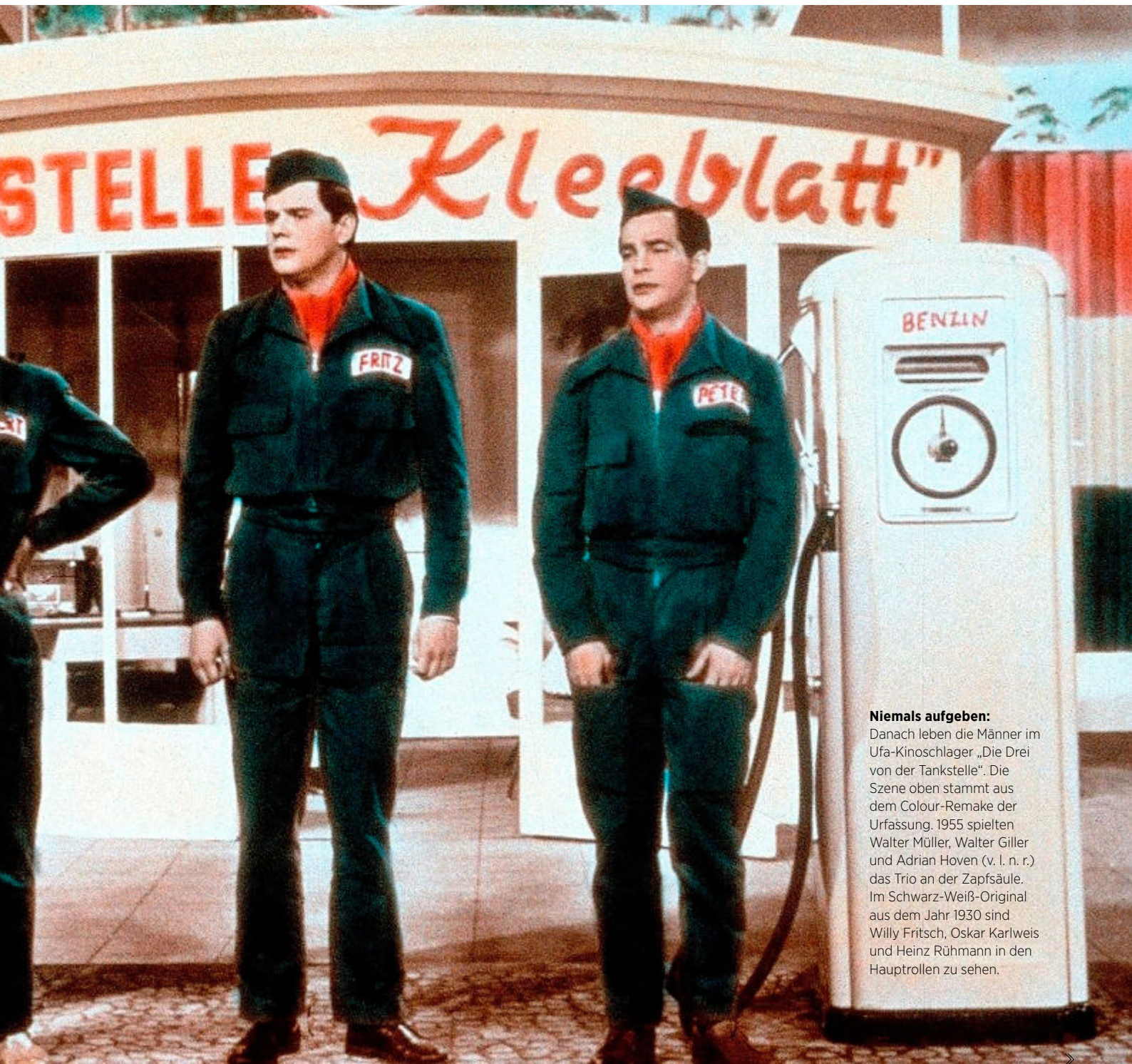
Optimistisch gestimmt, wie es in Filmoperetten wie dieser nun mal zugeht, verkaufen sie ihr Auto und eröffnen mit dem Erlös eine Tankstelle - fortan Ort amouröser Verstrickungen mit Happy End, das einem der Protagonisten nicht nur die schöne Lilian Harvey als Ehefrau beschert, sondern obendrein noch den Posten des Direktors einer Tankgesellschaft.

Das romantische Bild der Tankstelle, Durchgangsstation auf dem Weg in den Süden, sozialer Treffpunkt und Retter des Bundesbürgers vor dem rigiden Ladenschluss, hat unterdessen Risse bekommen. Den freundlichen Tankwart an der Zapfsäule gibt es seit 40 Jahren nicht mehr, seit die Branche auf Selbstbedienung umgestellt hat. Wer heute einmal Volltanken bezahlt, begibt sich dazu in den durchgestylten Shop. Nicht selten steht dort der Pächter höchstpersönlich an der Kasse. Nicht, weil der Kunde König ist und vom Chef bedient werden soll, sondern weil ihm nichts anderes übrig bleibt.

„Ich war Quereinsteiger. Und damals vor 15 Jahren sah das Geschäft noch anders aus“, sagt Berthold Rieger, Tankstellenpächter aus dem Südwesten Deutschlands, der die fristlose Kündigung befürchtet, würden wir seinen richtigen Namen abdrucken. „Die Rahmenbedingungen haben sich enorm zu unseren Lasten entwickelt. Wir tragen



Foto: ddp images



Niemals aufgeben:

Danach leben die Männer im Ufa-Kinoschlager „Die Drei von der Tankstelle“. Die Szene oben stammt aus dem Colour-Remake der Urfassung. 1955 spielten Walter Müller, Walter Giller und Adrian Hoven (v. l. n. r.) das Trio an der Zapfsäule. Im Schwarz-Weiß-Original aus dem Jahr 1930 sind Willy Fritsch, Oskar Karlweis und Heinz Rühmann in den Hauptrollen zu sehen.

sämtliche Energiekosten, die Personalkosten und nun auch den gesetzlichen Mindestlohn.“ Das Problem für ihn als Unternehmer: „Die Gesellschaften haben alle Stellschrauben in der Hand.“ Und daran drehen sie kräftig. Nicht nur die „Big Five“, Aral/BP (23,5 Prozent Marktanteil), Shell (22 Prozent), Jet (10 Prozent), Esso und Total (jeweils 7,5 Prozent), auch die sogenannten B-Farben, die mittelgroßen Gesellschaften, dealen heute mit ihren Pächtern Verträge aus, bei denen auch dem Laien auf Anhieb klar wird, wer am längeren Hebel sitzt. Einzig die Inhaber freier Tankstellen agieren noch halbwegs wie Unternehmer.

Croissants und Cola reichen nicht

Wer glaubt, der durchschnittliche Tankstellenpächter kassiere eine magere Provision beim Spritverkauf und mache mit dem Verkauf von Croissants und Cola im Shop den Reibach, liegt nicht falsch – und dennoch total daneben. Richtig ist: Die Pächter verdienen in der Tat mehr mit allem, was nicht „Kraft- und Schmierstoff“ heißt, da nur ein Cent pro Liter beim Tankwart übrig bleibt. An der Zapfsäule verdienen vor allem die Mineralölgesellschaften und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (siehe Kasten).

Doch auch das Shop-Geschäft ist weit weniger einträglich, als es die tankstellentypisch hohen Preise vermuten lassen. Bei der Shop-Ware „verdient die Mineralölgesellschaft schon beim Einkauf mit, bevor die RedBull-Dose die Tankstelle erreicht hat“, so Achim Hirsch, ein Ex-Pächter aus dem fränkischen Adelsdorf, der heute als Spezialist und Berater von Pächtern auf ein erfolgreicherer Geschäftsmodell umgesattelt hat. In den Pachtverträgen ist in der Regel klar geregelt, wo die Tankstelle welche Waren zu welchem Preis zu beziehen hat. Wettbewerb ade. Das kann bei der Mineralölgesellschaft selbst sein oder bei einem ihrer Vertragspartner. Die Preise liegen deutlich über dem normal üblichen Großhandelsniveau.

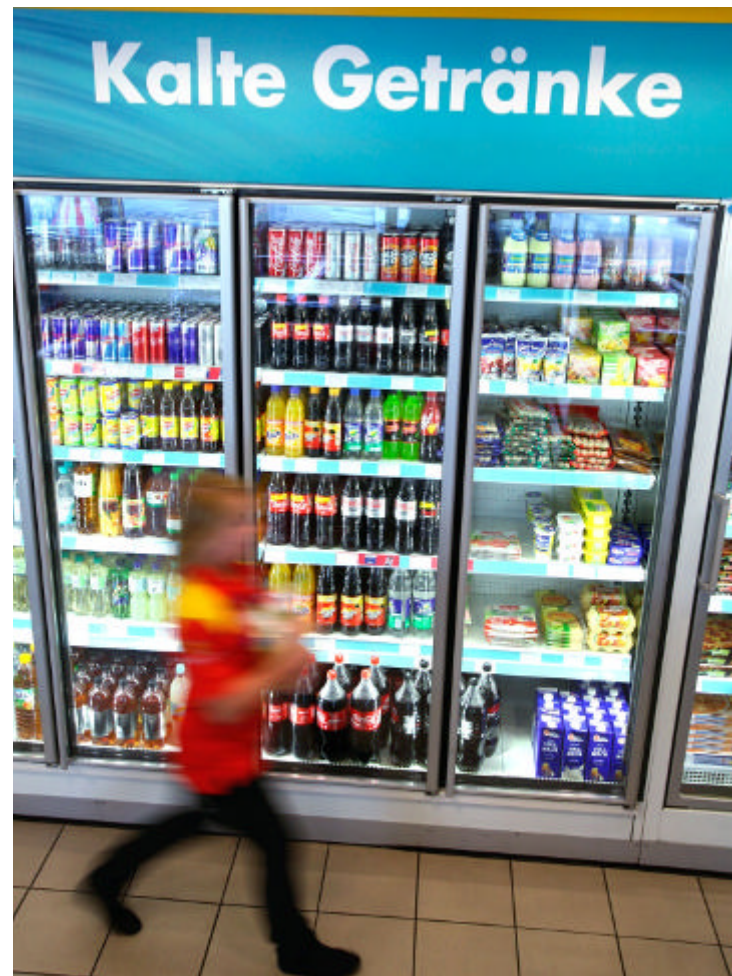
Damit sind alle auf der sicheren Seite – bis auf den Tankstellenbetreiber. Der hat die vorgeschriebenen Schokoriegel und Eiskratzer feilzubieten, immer häufiger an genau festgelegten Stellen in seinem Shop. Denn die gute Platzierung ihrer Getränke- oder Zigarettensorte im Blickfeld der Kunden lassen sich die Produzenten etwas kosten – die Provision fließt an die Mineralölgesellschaft.

Endgültig pervertiert wird das freie Unternehmertum an der Zapfsäule durch den „Zielgewinn“. Der

wird vertraglich vereinbart und bedeutet im Klartext: Was über den vereinbarten Gewinn hinausgeht, bleibt bei der Mineralölgesellschaft. Meist werden die „Zielgewinne“ optimistisch angesetzt und nicht erreicht. Legt sich der Pächter jedoch richtig ins Zeug und holt mehr als das zuvor Vereinbarte heraus, ist er der Gelackmeierte (Rechenbeispiel siehe Kasten auf Seite 37).

Von dem, was beim Pächter übrig bleibt, bedienen sich im Anschluss Finanzamt, Krankenkasse und Lebensversicherer, einen Arbeitgeberanteil gibt es natürlich nicht, und am Ende bleibt die Erkenntnis: „Viele Pächter verdienen in der Stunde weniger als den Mindestlohn, den sie ihren Mitarbeitern bezahlen müssen“, wie Berthold Rieger es formuliert. „Leider gibt es keinen Mindestgewinn“, fügt er hinzu. Für ihn und seinesgleichen war der Mindestlohn ein Schlag ins Kontor. Guter Rat der Mineralölgesellschaften:

Magere Marge: Wer glaubt, der durchschnittliche Tankstellenpächter mache mit dem Verkauf von kalten Getränken und Croissants das große Geld, liegt total daneben.



„Erhöht die Verkaufspreise.“ Das hat vor allem die in der Branche Schnelldreher genannten Artikel teurer gemacht, also die Produkte, die besonders häufig verkauft werden wie Cola oder Schokoriegel. Nebeneffekt: So ist der Abstand zum günstigeren Lebensmittel-Einzelhandel noch größer geworden. Wer das am Markt nicht durchsetzen konnte, dem bleibt nur die Variante: beim Personal sparen und die eine oder andere Schicht zusätzlich selbst hinter der Kasse stehen. Oder es kommt zum Äußersten: Die Ausgaben für Altersvorsorge oder Krankenkasse fallen flach.

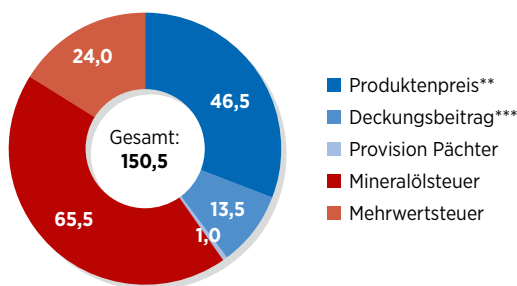
Ein Drittel der Pächter ist verschuldet

Warum tut man sich das an? „Ein Großteil der Pächter ist schon lange dabei und hat nie etwas anderes gemacht, die sind oft über 50. Da fangen Sie nichts Neues mehr an“, stellt Berthold Rieger fest. Und Berater Achim Hirsch ergänzt: „Etwa ein Drittel der Pächter kompensiert fehlende Gewinne mit Krediten, ist verschuldet und kann schon deshalb gar nicht aussteigen. Im Schnitt sprechen wir von 27000 Euro.“ Das, so Hirsch, liege auch an den knappen Vorgaben der Konzerne: „Die lassen pleitegefährdete Pächter so lange weitermachen, bis die Schulden die bei ihnen hinterlegten Sicherheiten erreichen. Dann ziehen sie die Reißleine und suchen sich einen Neuen mit frischem Kapital.“

Und die Politik? Vor vier Jahren stellte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Christian Ahrendt, die ordnungspolitische Forderung nach einer klaren „Trennung von Produktion und Vertrieb“ in der Kraftstoffbranche auf: „Das Tankstellennetz sollte von den Ölkonzernen getrennt und unabhängigen Betreibern überlassen werden.“ Daran weiterzuarbeiten war den Freien Demokraten aus bekannten Gründen nicht mehr möglich. Eine andere Partei, die sich für den freien Wettbewerb einsetzen würde, findet sich nicht im derzeitigen Bundestag.

Stattdessen lud Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im vergangenen Herbst zu einem „Tankstellengipfel“ ein. Bei dem entstand ein „Verhaltenskodex für das Tankstellengeschäft“, eine Sammlung von Gemeinplätzen, die im April dieses Jahres feierlich unterschrieben wurde. Leseprobe: „Die Tankstellengesellschaft und der Tankstellenpächter werden fair miteinander umgehen. Ihre Zusammenarbeit ist darauf gerichtet, Marktchancen gemeinsam zu nutzen,

So setzt sich der Spritpreis zusammen



*gerundet, ** Notierung Rotterdam, *** Beinhaltet u.a. Kosten für Transport, Lagerhaltung, gesetzliche Bevorratung, Verwaltung, Vertrieb, Gewinn der Mineralölgesellschaft sowie Kosten für Biokomponenten und die Beimischung; Quelle: Statistisches Bundesamt, Energie-Informationsdienst, Berechnungen des Mineralölwirtschaftsverbandes

Das bleibt dem Pächter

Hier ein Beispiel	in €	in % vom BVD
Bruttoverdienst Eigengeschäft	498.500	
zuzüglich Kraftstoffprovision	58.500	
Bruttoverdienst gesamt	557.000	
minus Personalkosten Agenturgeschäft	165.000	29,62
minus Subvention aus Eigengeschäft	106.500	19,12
minus Pacht	218.000	39,14
minus sonstige Kosten	34.000	6,10
Pächter Gewinn	33.500	6,01

Daten: www.achim-hirsch.de

damit der Tankstellenpächter ein angemessenes, existenzsicherndes Einkommen erreichen kann.“ Für Achim Hirsch ist der Kodex „das Papier nicht wert ist, auf dem er geschrieben wurde. Die Bezirksleiter der Mineralölgesellschaften machen so weiter wie bisher, das zeigt sich jetzt schon.“ Die kümmerten sich weniger um das „gemeinsame Nutzen von Marktchancen“, sondern verteilten bei ihren Besuchen „Punktabzug für einen nicht gemähten Rasen oder verschmutzte Zapfsäulen“.

Trotz alledem liebäugeln im Netz weiter Menschen mit dem Schritt in die Selbstständigkeit als Tankstellenpächter. Es sind vor allem Hobbyschrauber mit tief sitzender Zuneigung zum Auto. Auf der Suche nach Rat erhalten sie klare Ansagen: „Wenn du mit 1.500 bis 1.800 Euro pro Monat zufrieden bist und gute Nerven hast, dann ja. Ich frage mich seit sechs Jahren: Warum tue ich mir das an?“ Unterschrift: „Eine ‚glückliche‘ Pächterin aus Thüringen.“ ●



BORIS EICHLER
durfte als Kind einem Wurf junger Katzen Namen geben. Er entschied sich für Shell, Texaco, Esso, BP und Aral.
redaktion@libmag.de

COMEBACK MIT HAKEN

Die Rekommunalisierung erfährt eine Renaissance. Ganz gleich, ob es sich um Unternehmen aus der Energieversorgung, Wasserwerke, Müllentsorgung oder andere lokale Unternehmen handelt – in der ganzen Republik gibt es eine Bewegung mit dem Ziel, privatisierte Aufgaben in die kommunale Staatswirtschaft zurückzuführen. Das belegen auch Zahlen des Statistischen Bundesamtes eindrucksvoll: Seit 2000 haben sich die Umsätze kommunaler Unternehmen mehr als verdoppelt. Zwischen

2000 und 2012 nahm die Anzahl kommunaler Unternehmen um fast 25 Prozent zu. Heute sind es etwa 13.500.

Die Rekommunalisierungen erfolgen dabei aus ganz unterschiedlichen Motiven und werden mit ganz unterschiedlichen Argumenten befeuert. Forciert werden die Bestrebungen oftmals durch Bürgerinitiativen, die sich für eine Dezentralisierung und Verstaatlichung der Energieversorgung einsetzen. **Aber: Viele der Argumente halten einer Prüfung bei genauer Betrachtung nicht stand.**

Kommunale Versorger sind nicht günstiger.

Bisweilen wird vorgebracht, Stadtwerke in kommunalem Besitz seien günstiger als private Anbieter. Eine Analyse der Fakten zeigt jedoch, dass dies nicht stimmt. Dabei muss zwischen den Netzen einerseits und der eigentlichen Versorgung mit Strom und Gas andererseits unterschieden werden. Der Netzbetrieb ist ein sogenanntes natürliches Monopol. Deswegen werden die Netzentgelte behördlich reguliert, entweder durch die Bundesnetzagentur oder durch Landesregulierungsbehörden. Für die Entgeltgenehmigung ist es jedoch irrelevant, wem die Netze gehören, die Regulierungsprinzipien und Entgeltmaßstäbe sind für private und öffentliche Unternehmen exakt dieselben. Bei der Energieversorgung dagegen gibt es Wettbewerb, jeder Kunde kann sich selbst den besten Anbieter aussuchen. Eine detaillierte Analyse der Monopolkommission hat dabei ergeben, dass die kommunalen Anbieter zwar nicht die teuersten sind, „die Vertriebsmarge jedoch im Durchschnitt bei den kommunalen Anbietern am höchsten ist“. Besonders günstig sind die kommunalen Anbieter keinesfalls.

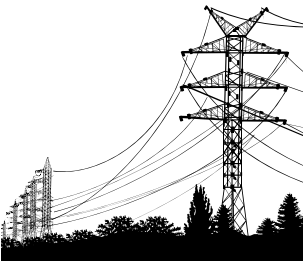
Im Bereich der Wasserwirtschaft gilt sogar das Gegenteil. Das Bundeskartellamt und auch Landeskartellbehörden haben sehr erfolgreich gegen zahlreiche kommunale Wasserversorger Verfahren wegen missbräuchlich überhöhter Wasserpreise geführt. Die Konsequenz ist nun, dass einige Kommunen als Reaktion auf die Verfahren nicht ihre Preise senken wollen, sondern stattdessen die kommunalen Unternehmen wieder zu sogenannten Eigenbetrieben machen, also Behörden gewissermaßen. Diese verlangen dann statt Wasserpreisen Wassergebühren, und die darf das Kartellamt nicht kontrollieren. So viel zum kommunalen Verbraucherschutz.

Kommunale Unternehmen sind keine risikolose Finanzquelle.

Eine weitere Hoffnung, die mit der Rekommunalisierung verbunden wird: Es könne risikoloses Geld in die oftmals klammen kommunalen Kassen gespült werden. In der Praxis sind die kommunalen Investitionen jedoch alles andere als risikolos: So sind zum Beispiel kommunale Unternehmen aus NRW an Hafenanlagen in China beteiligt, sie besitzen Tankstellen, Flughäfen, Kraftwerke auf den Philippinen und in Kolumbien und Windparks in der Nordsee. Die Stadtwerke München und ihre Partner haben 1,5 Milliarden Euro in die Suche und Förderung von Gas und Öl investiert. Die Stadt Herne ist an einer Firma beteiligt, die in Konkurrenz zu Google und anderen Navigationssystemen digitale Karten anbietet. Dortmund ist indirekt an einer Firma beteiligt, die mit Skoda-Pkw handelt und Tankstellen besitzt. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Was sich zeigt: Ist der Geist erst einmal aus der Flasche, ist es schwer, das kommunale Unternehmertum zu bändigen. Die Daseinsvorsorge gerät zunehmend aus dem Fokus, das kommunale Unternehmen wird leicht zur Spielwiese für Möchtegernunternehmer.



Kommunale Unternehmen sind nicht transparenter.



Oft ist mit der Rekommunalisierung die Hoffnung verbunden, öffentliche Unternehmen wären transparenter als private. Prinzipiell richtig, denn mit öffentlichen Geldern sollte besonders verantwortungsvoll umgegangen werden. Doch wie eine Studie von Ulf Papenfuß, Juniorprofessor für Public Management an der Universität Leipzig, zeigt, legt nicht einmal jedes dritte von 320 untersuchten öffentlichen Unternehmen die

Managervergütung offen. „Selbst in Bundesländern, in denen die Offenlegung in einem Gesetz verankert ist, befolgen die Hälfte der Unternehmen die Vorschriften nicht“, sagt Papenfuß. Die Managergehälter sind nicht zu verachten. Manager mit Parteibuch führen die öffentlichen Betriebe und verdienen sehr gut. Offiziell soll das Parteibuch keine Rolle spielen, faktisch sind aber die Begehrlichkeiten mancher Politiker schwer zu bremsen. Schnell werden Positionen bei Stadtwerken, Sparkassen und anderen kommunalen Unternehmen zu Versorgungsposten – die eigentliche Qualifikation ist bei der Besetzung nicht irrelevant, aber zweitrangig – zum Schaden der Steuerzahler. Hinzu kommt eine oft wenig kompetente Aufsicht. Im Aufsichtsrat der Stadtwerke Bochum, die Prominenten wie Uli Hoeneß oder Peer Steinbrück bis zu 25.000 Euro für Auftritte vor exklusivem Publikum gezahlt haben, saßen 2013 ein Oberstudiendirektor, eine Studentin, eine Hausfrau, ein Schlosser, ein Elektromeister. Es muss bezweifelt werden, ob das ideale Aufseher für ein Unternehmen mit einem Umsatz von 500 Millionen Euro sind. Die Ideale, die bei einer Rekommunalisierung oder Neugründung von Stadtwerken vorhanden sind, verblassen im Lauf der Zeit und Begehrlichkeiten nehmen zu. Ausgebremst werden sie selten. Einen echten Schutz davor bietet langfristig nur eine Privatisierung.



Kommunale Unternehmen können zum Klimaschutz wenig beitragen.

Es ist bitter, aber leider wahr: Zum globalen Klimaschutz können lokale Unternehmen wenig beitragen. Es ist schon fraglich, welchen Beitrag Deutschland zum globalen Klimaschutz leisten kann, auf kommunaler Ebene gilt dies erst recht. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird in Deutschland durch das EEG gesteuert, das Ausmaß an Treibhausgasemissionen im Wesentlichen durch die Politik in Brüssel. Das ist auch gut so, denn Klimaschutz ist eben kein lokales, sondern ein globales Problem. Vor allem aber ist es für den Ausbau an Windrädern, Solaranlagen etc. völlig egal, wem ein Stadtwerk nun gehört. An das Netz müssen private Netzbetreiber die Anlagen genauso anschließen wie öffentliche. Und private Ökostromanbieter gibt es zahlreich in Deutschland, auch dazu benötigt man kein kommunales Stadtwerk.

Fotos: fotolia, privat



Kommunale Unternehmen verdrängen mittelständische Unternehmen.

Öffentliche Unternehmen, deren Verluste zur Not mit Steuergeldern ausgeglichen werden, machen oft mittelständischen Anbietern das Leben schwer. Besonders deutlich wird das im Bereich der Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft, wo Kommunen seit einiger Zeit eine Rückkehr zum Staatsmonopol propagieren. Dabei waren es gerade private Anbieter, die hier mit innovativen Sammelkonzepten die Recyclingquoten in Deutschland nach oben getrieben haben. Dass Kommunen auf eine Rückkehr zum kommunalen Monopol mit sogenannten Andienungspflichten drängen, hat seinen Grund: Viele von ihnen haben etwas übereifrig in Müllverbrennungsanlagen zur Strom- und Wärmeversorgung investiert. Durch die hohen Recyclingquoten wird es nun jedoch immer schwieriger, kostengünstig an Müll zu gelangen, um die Anlagen zu befeuern. Euphemistisch wird hier in der Entsorgungswirtschaft von „thermischer Behandlung“ gesprochen. Eine Rückkehr zu kommunalen Monopolen bei der Müllentsorgung gefährdet hier letztlich nicht nur privates Unternehmertum, sondern auch die Entwicklung Deutschlands als führenden Recyclingstandort. Das ist nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch Unsinn.



Der Wirtschaftswissenschaftler **JUSTUS HAUCAP** ist Gründungsdirektor des Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE) an der Heinrich-Heine-Universität und war von 2008 bis 2012 Vorsitzender der Monopolkommission. Die FAZ hat ihn als den „bekanntesten Wettbewerbsökonom des Landes“ bezeichnet.
redaktion@libmag.de



FUNDSTÜCK

ALLES LIEBE. DEIN KAPITALISMUS.

Manchmal kommt der Kapitalismus auch bei Antikapitalisten gut an.

Der schöne Satz „Dein Kassenbon ist ein Stimmzettel. Jedes verdammte Mal. Alles Liebe. Dein Kapitalismus“, hier aufgenommen in Graz, hat sich inzwischen gut in den sozialen Netzwerken verbreitet. Auch auf der „Wir haben es satt“-Demonstration in Berlin, auf der eine Agrarwende gefordert wurde, war er schon zu sehen. Im Blog „Wandel im Kleinen“, der sich für aluminiumfreie Deos, eine plastikfreie Welt und ein Ende des Fleischkonsums einsetzt, heißt es dazu: „Am Ende entscheidet der Verbraucher, was produziert wird.“ Genau so funktioniert Marktwirtschaft. Der Verbraucher entscheidet, nicht irgendwelche Heuschrecken. Vielleicht setzt sich diese Erkenntnis doch noch bei jenen durch, die den Markt sonst stets verteuern.

WUTPROBE

RUF! NICHT! AN!

// TEXT // DAVID HARNASCH

// ILLUSTRATION // ERNST MERHEIM

Die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes hat überwältigend positive Effekte für uns Verbraucher gehabt, aber ein Angebot hat die Tore zur Hölle geöffnet: Sonderrufnummern. Ohne sie hätten die Samwer-Brüder kein Imperium auf überbezahlten Klingeltonabos für überforderte Teenies aufbauen können. Ihr Verschwinden brachte als Kollateralschaden das Ende des Musikfernsehens, das sich zuletzt nahezu ausschließlich durch Werbung für solche Dienste finanzierte. Die „Service-Dienste“ – zu Deutsch: „Dienst-Dienste“ – benannten 0180er-Nummernkreise waren hingegen ursprünglich billiger als ein Ferngespräch, wobei der Angerufene einen Teil der Kosten übernommen hat – eine löbliche Idee also.

Heute hingegen, da Ferngespräche buchstäblich gar nichts mehr kosten, erhalten die Rufnummerninhaber einen Teil der Gebühren vom Netzbetreiber als Kickback ausgezahlt. Was einst besonders kundenfreundlich gemeint war, hat seine Aussage

ins Gegenteil verkehrt: „Ruf! Nicht! An!“ Nun möchte man einwenden: Dann tu's halt auch nicht. Viele Unternehmen akzeptieren aber Reklamationen ausschließlich über eine solche teure Rufnummer. Vor die Wahl gestellt, den eben erst gekauften Computer nach wenigen Wochen abzuschreiben oder 60 Cent für ein Telefonat auszugeben, fällt die Entscheidung leicht. (Tipp: Die Website www.0180.info listet für viele dieser Angebote reguläre Festnetznummern auf.)

Komplett in Verruf geraten sind die noch viel teureren 0190er- (heute 0900er-)Nummern, die fast ausschließlich für Erotikdienste, verbrauchertäuschende TV-Quizsendungen und an offenen Betrug grenzende Astrologieberatungen genutzt wurden. Entsprechend hat die Telekom dieses Angebot eingestellt. Wettbewerber bieten diese Nummern aber noch an. Den innersten Kreis der Endverbraucherhölle erreicht man als Kunde eines chinesischen Computerherstellers: Nachdem man per 0180er-Nummer seinen Hardwaredefekt anmeldet, erhält



man im schlimmsten Fall statt einer Reparatur einen saftigen Kostenvoranschlag – darauf die Kontaktnummer 09001/30 00 30 für sage und schreibe 1,29 € pro Minute. Übersetzt bedeutet das nicht nur „Ruf! Nicht! An!“, es bedeutet: „Wenn du es wagst anzurufen, klauen wir deiner Tochter ihr nächstes Geburtstagsgeschenk, noch bevor du es gekauft hast – über deine Telefonrechnung!“

So wird aus einem berechtigten Garantiesanspruch eines Kunden eine Möglichkeit, ihn noch weiter abzuzocken – kein Kapitalismuskritiker könnte sich eine schönere Dystopie ausdenken. ●

Nichts zu verbergen?

Wenn es darum geht, staatliche Überwachungsmaßnahmen auszuweiten, kontern Freunde der totalen Kontrolle einschlägige Bedenken gerne mit dem Satz „Wer nichts zu verbergen hat, der hat auch nichts zu befürchten“. Ein Argument, das nur bei oberflächlicher Betrachtung verfängt. Das zeigt auch der Beitrag „Nichts zu verbergen?“ von Holger Bleich, der erstmals bei heise online veröffentlicht wurde und bei unserer Leser-Abstimmung im **August 2015** auf den ersten Platz gewählt wurde.



ZUR PERSON

HOLGER BLEICH schreibt seit 1999 für *c't* und *heise online*. Den Schwerpunkt bilden Technikthemen wie Internetprotokolle und Webhosting. Aus seinem Studium hat sich der diplomierte Politikwissenschaftler sein Interesse für juristische und kulturelle Aspekte der Netznutzung sowie für Netzpolitik erhalten.

Stimmen auch Sie jeden Monat über die Autoren der Freiheit ab unter libmag.de.

Amsterdam gilt seit jeher als Musterbeispiel gelungener Stadtplanung. Bereits 1851 begann die Stadt, systematisch Daten der Bevölkerung zu erheben, um optimal ihre Ressourcen zu verteilen. Fürs „Bevolkingsregister“ gaben die Einwohner bereitwillig Beziehungsstatus, Beruf und Religionszugehörigkeit an. 1936 stieg man sogar auf die Datenerfassung mit einem hochmodernen Lochkartensystem um. 1939 aktualisierte eine Volkszählung das Stadtregister nochmals.

Im Mai 1940 rissen die einmarschierten deutschen Besatzer das Register an sich und ermittelten anhand dieses Datenschatzes in wenigen Tagen fast alle jüdischen Einwohner. Ein Großteil der rund 100.000 Amsterdamer Juden wurde ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Von einem Tag auf den anderen entschied ein Marker im Big-Data-Pool über Leben und Tod.

Zuvor hatte 90 Jahre lang niemand etwas zu verbergen gehabt – schließlich diente die Erfassung ja dem Wohl aller. Und heute? Heute lassen wir uns von staatlichen Behörden, etwa der NSA und auch ihren Partnern wie dem deutschen BND, auf Schritt und Tritt überwachen. Diesen Übergriff nehmen wir fast widerstandslos hin, bewahrt er uns doch angeblich vor Terrorangriffen von islamischen Dschihad-Schergen. Willfährig blenden wir aus, dass alles, was über uns in den gigantischen, nie vergessenden Datenbanken zu finden ist, eines Tages gegen uns verwendet werden kann. Abgesehen davon: Wer glaubt, bei den datensau-

genden Nachrichtendiensten handle es sich um monolithische, anonyme Gebilde, der irrt. Schließlich kennen wir die Tragweite der Überwachungsbemühungen erst, seit ein einzelner, angeblich gut durchleuchteter NSA-Mitarbeiter, Edward Snowden, seine politische Haltung geändert hat.

Bei NSA, GCHQ und BND arbeiten Tausende Menschen aus Fleisch und Blut. Snowden hat öffentlich dokumentiert, welche Daten er abgegriffen hat. Wie viele Zugriffe im Dunkeln passieren, weiß niemand. Ein Mitarbeiter könnte am finanziellen Abgrund stehen, erpressbar sein und mal eben sämtliche Wohnorte von urlaubenden Superreichen herausfiltern. Ein anderer könnte pathologischer Stalker sein, der die Bewegungen seiner Angebeteten überwacht, um den passenden Moment zum Zugriff zu finden. Beim BND sitzt vielleicht gerade ein unerkannter Neonazi am XKeyscore-Terminal der NSA, um Ziele für Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte auszubaldowern. Niemand weiß das.

Überhaupt erfährt man viel zu wenig über all jene, die intimste Daten abschnorcheln, auswerten und für unbekannte Dauer speichern. Ganz zu schweigen von der Frage, wer womöglich in Zukunft zu diesen Daten Zugang bekommt. Deshalb sollte das Mantra jedes Bürgers lauten: „Ich habe eine Menge zu verbergen!“ Edward Snowden hat den weltweiten Überwachungsapparat schlaglichtartig beleuchtet. Das bietet die Chance zu verstehen, welche Methoden momentan zum Einsatz kommen. ●



Weniger Staat, mehr Abendland?

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Wir leben im Land der gefühlten Krisen. Der Wirtschaft geht es gut und mehr Menschen denn je haben Arbeit. Die Umwelt ist sauberer als vor 100 Jahren. Mit unseren Nachbarländern leben wir in Frieden und genießen mehr Freiheiten als alle früheren Generationen. Dennoch fühlen sich viele Bürger unbehaglich. Zu den seit Jahrzehnten zirkulierenden Ängsten vor Klima- und Ökokatastrophen haben sich die Angst vor Währungsverfall, die Furcht vor Überfremdung und dem Untergang des Abendlandes gesellt.

Der Mangel an realen Krisen lässt die gefühlten schrecklich bedrohlich erscheinen. Zumindest für Teile der Mittelschicht so bedrohlich, dass sie ihre Empörung auf die Straße tragen. Gut situierte Bürger, die die Herausforderungen der Moderne als Bedrohung empfinden, erklären sich zum unterdrückten „Volk“, welches sich gegen das „System“ wehren müsse. Ein irgendwie künstlich anmutender Unmut, der an Tucholskys Satz erinnert: „Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen übertreiben.“

Sie sehnen sich nach verbindlicher Identität, nach den Haltegriffen von Tradition, Nation, Religion und patriarchalischer Familie. Überall wittern sie Auflösung und Verfall und idealisieren die angeblich gute alte Zeit, als Frauen noch wussten, wo ihr Platz ist. An den Rändern werden ausländerfeindliche Gerüchte, antisemitische Verschwörungslegenden und Putin-Kult gestreut.

Verwirrenderweise halten sich viele Vertreter dieses Milieus für wahre Liberale. Dies hat in den vergangenen Monaten zu heftigen

Zerwürfnissen in der freiheitlichen Szene geführt, die außerhalb und am Rande der FDP recht überschaubar existierte. In politischen Clubs, Thinktanks, Blogs und sozialen Netzwerken entzweiten sich Akademiker, frei schwebende Denker und Publizisten anhand der Frage: Wie hältst du es mit der AfD, mit Bewegungen wie Pegida und der von diesen Milieus angefachten Stimmung? Formulieren sie berechnete Anliegen oder versammeln sich dort Fremdenfeinde, Antiwestler und christliche Fanatiker hinter bürgerlichen Gardinen? Immerhin führen die Abendländer oft und gern das Wort „Freiheit“ im Munde, fordern weniger Staat und niedrige Steuern. Auch tadeln sie - durchaus zu Recht - falsch verstandene Toleranz gegenüber militanten Islamisten.

Um es kurz zu machen: Nein. Die empörten Bürger sind keine Freiheitskämpfer. Sie treten für Isolationismus, geschlossene Einheitskultur und Normfamilie ein. Hinter der Fassade „Islamkritik“ verstecken sie ihre Fremdenfeindlichkeit. Ihr hohes Lied auf die Familie enthält reichlich patriarchalische Misstöne. Ideologen der neuen Bürgerwut wie Alexander Gauland oder Konrad Adam würden sich verbitten, liberal genannt zu werden. Als ihr Kernthema betrachten sie die Zukunft von Ehe, Familie und die Rolle der Frauen in der Gesellschaft. Dabei ähnelt doch das Frauenbild der Abendlandretter durchaus dem Ideal eines hinterwäldlerischen Islam. Angeblich kämpft man gegen die „Verstaatlichung der Familie“. Doch die „Entstaatlichung“ läuft auf eine Abdrängung der Frauen aus dem Berufsleben hinaus.



Die Vertreter einer völkischen Deutschland-Idee „haben ihre passive Haltung aufgegeben“, warnen die Autoren Christoph Giesa und Liane Bednarz in ihrem Buch „Gefährliche Bürger“. Sie verfolgen das Ziel, „eine aggressive Gegenideologie zu unserer offenen Gesellschaft ins Gespräch zu bringen. Die Zeit dafür scheint reif. Denn ihr ‚Feind‘ – ebenjene offene Gesellschaft, die sich den Ideen der Aufklärung verpflichtet fühlt – befindet sich ganz offensichtlich in einer Sinnkrise.“

Der AfD-Politiker Alexander Gauland schrieb: „Wir werden es künftig mit zwei kulturellen Milieus zu tun haben, einem liberal individualistischen, das sich für Zuwanderung, die Anerkennung von homosexuellen Lebensgemeinschaften und jede Art von Selbstverwirklichung stark macht, und einem wertkonservativen, das auf einer verbindlichen Identität aus moralischen Prinzipien und abendländischen Traditionen besteht und wirtschaftlichen Notwendigkeiten wie wissenschaftlichen Erfolgen eher skeptisch gegenübersteht, also nicht mehr das bürgerliche Lager gegen die Sozialdemokratie, sondern Konservative versus Liberale in allen Parteien.“ Diese Analyse ist zutreffend und Gauland hat aus seiner Position die logische Konsequenz daraus gezogen. Früher oder später wird jeder Liberale sich überlegen müssen, in welchem der beiden Milieus er sich wohler fühlt.

Die Kombination aus Religion, Nationalismus und Ressentiment, verbunden mit liberalem Wirtschaftsdenken, ist übrigens anderswo ein alter Hut. Dass selbst grimmigste Reaktionäre pro Marktwirt-

schaft sind, gilt in Amerika als völlig normal. Nur in Deutschland war das lange Zeit anders, weil die hiesige Rechte meist staatsfixiert dachte. Dass AfD, Pegida und ihre Freunde an diesem Punkt „amerikanisch“ sind, birgt eine gewisse Ironie, denn Amerika ist für viele aus diesen Reihen ja ein Lieblingsfeindbild.

Liberal sein heißt mehr als nur niedrigere Steuern und weniger staatliche Bürokratie fordern. Auch mit einer Flat Tax wird aus dem Ordnungssystem des Kaiserreichs keine offene Gesellschaft. Liberalismus ist nicht wertneutral. Fortschrittsgeist, Kosmopolitismus, Rationalismus, intellektuelle Neugier und eine Verpflichtung auf die Werte der Aufklärung sind seine konstituierenden Wesenszüge. Nicht zu vergessen, wie Karen Horn in der FAS schrieb: „Eine umfassende, fundamentale Menschenfreundlichkeit.“ ●

MICHAEL MIERSCH ist Geschäftsführer Naturbildung bei der Deutschen Wildtier Stiftung. Davor arbeitete er als Journalist für große deutsche Zeitschriften, zuletzt als Ressortleiter beim Focus. Seine Bücher und Dokumentarfilme erhielten zahlreiche Preise. Neuestes Buch: „Alles grün und gut? Eine Bilanz des ökologischen Denkens“. Website: www.miersch.media miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. zeller@libmag.de

Die Freiheit, in Würde zu sterben

Im November entscheidet der Bundestag über eine Änderung des Sterbehilfegesetzes. Womöglich wird die Tötung auf Verlangen dann vollständig straffrei gestellt. Die Diskussion über das ethisch schwierige Thema verläuft kontrovers und fokussiert auf Menschen am Ende eines langen Lebensweges. Kinder und Jugendliche, die zu sterben wünschen, sind kein Thema. Zu Recht?

// TEXT // **KAPKA TODOROVA**

Wer jung ist, sollte nicht über den Tod nachdenken müssen. Wendy Bax ist 30 Jahre alt und hat bereits ihr Begräbnis geplant. Zu einer seltenen Krankheit verurteilt, musste die Holländerin mit dem Tod zu leben lernen. Wendy muss oft große Schmerzen ertragen, die Gedanken über ihr Ende begleiten sie seit Jahren. Sie wünscht sich, dass es kommt, wenn sie ihr Leiden nicht mehr ertragen kann und kein Arzt ihr zu helfen vermag. Vielleicht würde Wendy dann Hilfe zur Selbsttötung in Anspruch nehmen wollen.

Tötung auf Verlangen. In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe seit dem 1. April 2002 zulässig. Holland ist somit das erste Land der Welt, in dem sie legalisiert wurde. Wenn man darüber redet, geht es meistens um alte Menschen. Solche, die ein erfülltes Leben hatten. Wie etwa der legendäre Lebemann, Fotograf und Kunstsammler Gunter Sachs, der sich mit 78 vor vier Jahren aus Angst vor einer „ausweglosen Krankheit“ das Leben genommen hat.

Was ist aber, wenn Qual, Angst und Ausweglosigkeit jemanden treffen, der viel viel jünger ist? So wie Wendy Bax.

„Als ich im November 2011 an einem Treffen von an Euthanasie interessierten Menschen teilnahm, sahen mich alle verwirrt an. Sie waren 70, 80 Jahre alt. Ich war 26. Jemand fragte: ‚Mädchen, was machst du denn hier?‘. Ich bin krank“, sagte ich“, erzählte die Holländerin in mehreren Interviews. Zeitungen aus ganz Europa haben sie schon mehrmals befragt, wieso ein junger Mensch den Tod wollen sollte. Mittlerweile kann die 30-Jährige keine Fragen mehr beantworten. Ihr Gesundheitszustand hat sich sehr verschlechtert. Aber als es ihr noch besser ging, hat sie eine Organisation gegründet, die sich mit dem Thema Tod auf Verlangen von jungen Menschen auseinandersetzt: NVVE Jongeren (Niederländische Vereinigung für ein freiwilliges Lebensende für Jüngere).

Ihre Diagnose hatte sie wenige Monate zuvor erfahren: veränderte Blutzellen und Tumore. Wachsende Tumore. Eine seltene Krankheit. Schwierig zu behandeln, sagte

der Arzt. „Seltsamerweise fühlte ich Erleichterung. Ich wusste schließlich, woher diese ständige Müdigkeit und die Schmerzen kamen. Dann dachte ich darüber rational.“ Wendy möchte leben und das Leben genießen. Doch wenn die Zeit kommt, in der sie keine Schmerzen und Behandlungen mehr ertragen will, möchte sie die Möglichkeit haben, ihre eigene Wahl zu treffen. Über sich selbst bestimmen. Obwohl sie immer noch nicht sicher ist, ob Hilfe zur Selbsttötung tatsächlich für sie infrage käme.

Kinder wollen leben

Eigentlich wollen Kinder und Jugendliche immer leben. Das sagt aus langjähriger Erfahrung die Kinderärztin und pädiatrische Palliativmedizinerin Dr. Kerstin Lieber vom Kinderhospiz „Sonnenhof“ in Berlin. „Noch nie ist von einem Kind oder einem jungen Erwachsenen die Frage nach Sterbehilfe an mich herangetragen worden“, erzählt sie ruhig in den wenigen Minuten, die sie zwischen den Visiten bei den schwerstkranken Kindern im Hospiz findet. „Verzweifelte

„Mädchen, was machst du denn hier?“

„Ich bin krank“,

sagte ich.

Wendy Bax
30 Jahre



Eltern äußern bisweilen solche Wünsche, die aber aus der Situation der Ohnmacht heraus resultieren“, räumt sie ein. Dr. Liebers Erfahrung nach verschwindet dieser Wunsch jedoch, wenn man mit diesen Eltern arbeitet und ihnen Hilfe anbietet.

Das Hospiz „Sonnenhof“ wurde 2002 von der Björn Schulz Stiftung gegründet und bietet Hilfe für an Krebs und chronisch Erkrankte sowie für schwerst- und unheilbar kranke Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. 16 Kinder und deren Familien können rund um die Uhr betreut werden. Einer der Mitbegründer ist ein selbst betroffener Vater. Sein Sohn Björn Schulz starb 1982 kurz vor seinem achten Geburtstag an Leukämie. Wie schwer es Eltern und Verwandte von Kindern und jungen Erwachsenen mit lebensverkürzenden Erkrankungen haben, weiß er aus eigener bitterer Erfahrung. Im „Sonnenhof“ bekommen Familien Hilfe. Manchmal reicht ihnen auch einfach schon eine kurze Auszeit. Mal einen Stadtbummel machen oder sich um die Geschwisterkinder kümmern.

Aber auch bei der Trauer oder wenn es um schwierige Entscheidungen geht, erhalten sie Unterstützung. Das Hospiz befindet sich in einer ruhigen Seitenstraße im Berliner Viertel Pankow. Die Räume sind so ausgestattet, dass die Kinder sich möglichst wie zu Hause fühlen können. Sie frühstücken gemeinsam mit ihren Familien oder sitzen einfach neben den anderen, falls sie sich nicht mehr auf normalem Wege ernähren können.

Große Fenster, Kuschelplätze, Musiktherapie, Bastelstunden, die Möglichkeit, auch die schlimmsten Stunden mit dem Lieblingsbruder im Zimmer zusammen zu verbringen. Es sieht nicht nach einem Ort aus, wo der Tod jeden Moment kommen könnte. „Viele von unseren Kindern gehen irgendwann nach Hause. Sie möchten doch in ihrem eigenen Zuhause sein, wenn es so weit ist“, erklärt die Ärztin.

Etwa 23.000 Kinder und Jugendliche mit lebensverkürzenden Erkrankungen leben in Deutschland, jährlich sterben 3.000 bis 5.000 von ihnen. Sterbehilfe für Kinder und

Jugendliche wird in Deutschland nicht diskutiert. Auch jetzt nicht, obwohl das Thema seit dem Frühjahr, als der Bundestag eine neue Sterbehilfedebatte eröffnete, in die Öffentlichkeit gerückt ist. Bis November soll ein neues Gesetz verabschiedet werden. Dieses würde sowohl die geschäftsmäßige Suizidhilfe durch Vereine als auch die gewerbsmäßige Suizidhilfe durch kommerzielle Anbieter unter Strafe stellen.

Leiden mindern, Leiden verkürzen

Braucht man dafür überhaupt eine neue gesetzliche Regelung in Deutschland? Eigentlich nicht, besonders, wenn es um Kinder und Jugendliche geht, meinen viele Experten. In Deutschland seien alle Möglichkeiten gegeben, Leiden zu mindern oder zu verkürzen. Dr. Lieber erklärt: „Wir müssen Palliativmedizin verstehen, das ist ein sehr junges Gebiet. Für einen Kinderarzt ist es die größte Herausforderung zu sagen: Wir bieten keine Therapie an oder wir beenden eine Therapie. Das ist Pionierarbeit und dabei geht es vor allem um Leidensminderung.“ »



Assistierter Suizid

Unter einem assistierten Suizid versteht man die „Beihilfe zur Selbsttötung“, das heißt, der Sterbewillige nimmt zum Beispiel selbstständig eine Substanz zur Selbsttötung ein. Diese wurde ihm von einer anderen Person, das heißt einem Angehörigen oder nahestehenden Menschen, einem Arzt oder „Sterbehelfer“ zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt. Die Rechtslage gestaltet sich wie folgt:

- ✚ In Deutschland ist die Selbsttötung nicht strafbar, also auch die Beihilfe zur Selbsttötung vom Grundsatz her nicht.
- ✚ Möglich ist aber die Strafbarkeit wegen eines Unterlassungsdelikts.
- ✚ Ein wichtiger Punkt ist dabei die sogenannte Garantenpflicht. Wer der Selbsttötung beiwohnt, ist unter Umständen dazu verpflichtet, dem bewusstlosen Suizidenten Hilfe zu leisten. Tut er das nicht, kann das als unterlassene Hilfeleistung oder Totschlag durch Unterlassen eingestuft werden. Liegt eine eindeutige Willensbekundung des Suizidenten vor, wird von der Garantenpflicht abgesehen.
- ✚ Auch ein Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz oder Betäubungsmittelgesetz kann dem Suizidbegleiter vorgeworfen werden.
- ✚ Die ärztliche Musterberufsordnung, die von der Bundesärztekammer aufgestellt wird, verbietet es Ärzten, einen assistierten Suizid durchzuführen. Allerdings haben nicht alle Bundesländer diese Musterberufsordnung übernommen, sodass es hier Unterschiede gibt.



Wenn aber ein Suizidprozess eingeleitet werde, verändere das den Sterbeprozess oder führe dazu, dass es überhaupt nicht zu einem normalen Sterbeprozess komme. „Für mich gehört er aber zum Leben“, sagt Dr. Lieber leise. Sie vergleicht den Tod mit der Geburt: Man unterbreche auch den Geburtsprozess nicht, dasselbe gelte für das Sterben.

Zeit, sich vom Leben zu lösen

Vor allem brauchen junge Menschen Zeit, sich vom Leben zu lösen, sich zu verabschieden, weiß die Ärztin, die seit 2007 im Hospiz arbeitet. Und diese Herangehensweise pflegten alle ihre Kollegen, auch die in Belgien – obwohl das dortige Parlament in diesem Jahr die Sterbehilfe auf Kinder ausgeweitet hat. „In Belgien arbeiten Kinderärzte auch nicht anders als bei uns in Deutschland, das sind auch gute Ärzte. Das Gesetz ist für sie ein Erfolg der Demokratie und wird auch als solcher bewertet. So ein Gesetz brauchen wir aber in Deutschland nicht“, ist Dr. Lieber überzeugt.

Gegen strenge gesetzliche Regelungen spricht sich auch Thomas Sitte, Mediziner und Vorstandsvorsitzender der Deutschen Palliativstiftung, aus. Aus seiner Sicht ist es ein großes Problem, dass sogar wichtige Diskutanten nicht wirklich verstünden, was Sterbehilfe ist und wie die Gesetzeslage in Deutschland aussieht. „In der aktuellen infratest-Umfrage der Palliativstiftung gaben rund 90 Prozent der Befragten an, Beihilfe zur Selbsttötung sei strafbar, was völlig falsch ist“, sagt er. „Gleichzeitig stimmten etwa 80 Prozent für Tötung auf Verlangen. Da hat kaum einer gewusst, worum es geht.“ Er hoffe aber, dass durch die Diskussion endlich hospizlich-palliatives Denken und Handeln verstanden und verbreitet werde.

Die Stiftung ist gegen die Einführung der aktiven Sterbehilfe. Und hat Gründe dafür: Sitte: „In unserer Umfrage sagten über 50 Prozent der Befrag-

ten, eine Erleichterung des Suizides durch Organisationen führe dazu, dass mehr Menschen als bislang den Tod suchen.“ Trotzdem sprachen sich die Befragten für eine Einführung der Euthanasie hierzulande aus. „Böse gefragt: Wollen wir für das Wohl Einzelner das Leben Unbeteiligter riskieren?“ Auch das Beispiel in Belgien ist aus Sicht des Palliativmediziners nicht zu rechtfertigen. Dr. Sitte: „Ich halte das für einen zur Leidensminderung überflüssigen Schritt, der ein sehr ungutes Signal an viele andere sendet. Die Haltung in der Gesellschaft ändert sich meines Erachtens durch ein solches Gesetz.“

Sterben zuzulassen ist nicht nur straffrei in Deutschland, sondern geschieht auch häufig. Viele Ärzte wissen damit umzugehen. Und auch Sitte weiß sehr genau, worum es geht. Sein Bruder hat sich im Alter von 17 Jahren das Leben genommen – er war krank und wollte oder konnte sein Leiden nicht mehr ertragen. „Das war enorm schwierig für meine Eltern und die übrige Familie. Eine echte Tragödie“, erinnert sich Sitte. „Hätte das der Staat regulieren dürfen? Wäre es dann einfacher gewesen für meine Eltern? Natürlich nicht. Niemals!“ Die Gesellschaft müsse in eine andere Richtung denken. Sie soll alles dafür tun, dass alles, was an Leidenslinderung heute schon möglich ist, tatsächlich für alle verfügbar wird, ist der Arzt überzeugt. Und wenn keiner mehr helfen kann, dann sei Sterbenlassen die Alternative. Gleich wie alt der Patient ist. Weil Schmerzen und Tod keine Altersgrenzen kennen. ●



KAPKA TODOROVA ist freie Journalistin und arbeitet von Berlin aus für verschiedene europäische Medien. Seit dem Frühling verfolgt sie die Debatte über Sterbehilfe im Bundestag. redaktion@libmag.de

Selbstbestimmung auch am Lebensende – gegen weitere Strafverschärfungen

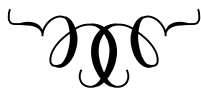


Am Ende des Lebens steht der Tod. Neben der existenziellen Sicht auf das Lebensende gibt es eine weitere Dimension des Gesellschaftlichen: Wie gehen wir mit Kranken, Alten und Sterbenden um? In welcher Weise erleichtern wir Menschen am Lebensende den Abschied und lindern das körperliche und psychische Leiden? Wie können wir sicherstellen, dass Patienten mit Respekt als Individuen behandelt werden und ihr letzter Wille das Handeln der Ärzte und Pfleger bestimmt und nicht umgekehrt?

Die passive Sterbehilfe ist in Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt. Der Bundesgerichtshof als höchstrichterliche Instanz hat in sechs Urteilen zur Sterbehilfe Präzedenzfälle geschaffen. Die strafrechtliche Lage ist auch klar in Bezug auf Tötung auf Verlangen: Aktive Sterbehilfe ist strafbewehrt. Die große Mehrheit in Deutschland möchte diese Vorschrift beibehalten. Selbsttötung hingegen ist nach deutschem Recht kein Straftatbestand, sodass auch die Beihilfe, genannt assistierter Suizid, hierzu straflos bleibt. An diesen strafrechtlichen Regelungen sollte nichts geändert werden. Neue gesetzliche Einschränkungen und Verbote einer gewerblichen oder geschäftsmäßigen Beihilfe zum Suizid sind nicht notwendig.

Die relativ junge Disziplin der Palliativmedizin begleitet den Menschen in der letzten Lebensphase und schafft Erleichterungen auf dem Weg zum Tod. Die ambulanten und stationären palliativen Angebote müssen deutlich verbessert und flächendeckend angeboten werden. Aber in dieser besonders schwierigen Situation wird die Palliativmedizin nicht die einzige Antwort bleiben dürfen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Menschen wissen, nach welchen Regeln sich die Ärzte richten. In den Bundesländern gibt es im ärztlichen Standesrecht unterschiedliche Regelungen dessen, was unter ärztlichem Beistand zu verstehen ist. Diese Situation ist für Ärzte und Patienten unzureichend: Sie bringt Ärzte in einen Konflikt zwischen Standes- und Patienteninteressen. Ein Arzt darf unterschiedliche Maßnahmen zur Sterbebegleitung ergreifen – je nachdem, in welchem Bundesland er praktiziert.

Diese Rechtsunsicherheiten, die sich für Ärzte aus Unklarheiten in den unterschiedlichen standesrechtlichen Regelungen der Bundes- und der Landesärztekammern ergeben, müssen dringend beseitigt werden. Wenn eine einheitliche Regelung durch die Kammern selbst verbindlich eingeführt würde und nicht durch ein Bundesgesetz, würde dies auch mehr Rechtssicherheit für Ärzte schaffen. Leider kann davon derzeit nicht ausgegangen werden. Nie darf ein Arzt gezwungen werden, gegen seine Überzeugung Menschen das Sterben zu erleichtern. Aber es muss jedem Arzt möglich sein, straffrei Suizidbeihilfe zu praktizieren, um so den Willen des Patienten in seiner letzten Lebensphase umzusetzen. Die Verbindlichkeit einer solchen Patientenverfügung lebt vom Gespräch des Patienten mit dem Arzt, damit auch der tatsächliche Wille des Sterbenden erfüllt wird und es für Spekulationen über dessen mutmaßlichen Willen keinen Raum gibt. Selbstbestimmung und die Unantastbarkeit der Menschenwürde sind liberale Werte, die auch im letzten Lebensabschnitt gelten müssen.



Bundesjustizministerin a. D.
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist Mitglied des
Vorstands der Friedrich-Nau-
mann-Stiftung für die Freiheit

Danke, ich komm' allein zurecht!

Das größte Dilemma der „Mittelschicht“ ist nicht, dass sie von einem uferlosen Sozialstaat verzehrt oder aber im Gegenteil verwöhnt würde. Sondern dass sich die Politik permanent für sie zuständig fühlt. // TEXT // **DIETER SCHNAAS**





Foto: Noel Hendrickson/Getty Images

Vor sechs, acht Jahren, wir erinnern uns, heulten in Deutschland die Sirenen: Der arbeitende Normalbürger wird von Steuern, Abgaben und den Kosten eines uferlosen Sozialstaats erdrückt und zahlt die Zeche für ein Heer von Transferempfängern! Das war damals halbwegs richtig, halbwegs falsch, vor allem aber am Thema vorbei. Heute heißt es im Gegenteil: Die Mittelschicht wird mit Flüsterasphalt, Radwegen und kostenlosen Kitas überversorgt, schimpft wohlstandssatt auf den Sozialstaat und weidet sich zugleich an dessen Wohltaten! Das ist halbwegs richtig, halbwegs falsch, vor allem aber wieder am Thema vorbei. Denn das Dilemma der Mittelschicht war und ist, dass jeder sich etwas anderes unter ihr vorstellt – und dass sich Politiker, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler und Journalisten permanent für sie zuständig fühlen. Besser wäre, man übte sich bei finanziellen Rastern (Einkommen, Vermögen) und soziokulturellen Klassifizierungen (Bildung, „Bürgerlichkeit“) in Zurückhaltung und überließe die überwältigende Mehrheit der Deutschen, die sich ihren je eigenen Wertvorstellungen gemäß zur „Mittelschicht“ zählen, möglichst weitgehend sich selbst.

Die Mitte verliert an Bedeutung

Tatsächlich wird „die Mitte“ in Deutschland politisch neurotisiert: Man päppelt Randgruppen, verwöhnt Spezialinteressen und appelliert umso lauter an die Souveränität der Menschen, die in diesem Land die Kinder großziehen, die Arbeit machen, die Steuern zahlen und sich an die Regeln halten, desto schamloser man denselben Menschen im Namen immer weiterer scheinbarer Sonderwohltaten immer nur neue Belastungen auferlegt. Die Folge ist, dass „die Mitte“ zu einem unübersichtlichen Umschlagplatz staatlicher Zuwendung(en) degeneriert ist – und als lebensweltlicher Bezugspunkt „der Mitte“ selbst zugleich an Bedeutung verloren hat. Wer den Schwerpunkt bürgerlicher Verantwortung beständig weg von seinem natürlichen Zentrum, der Familie, beständig hin zum Staat verlegt, den Eigentumsbegriff denunziert und vom

Deutschlands dicke Mitte

Der Beitrag „Danke, ich komm’ allein zurecht!“ ist eine Replik auf das ZEIT-Dossier „Die Mittelschichtslüge“ vom Februar 2015. Darin stellt Stefan Willeke unter anderem folgende Thesen auf:

„Deutschlands dicke Mitte. Sie gibt dem Staat viel, holt sich von ihm alles unauffällig zurück, lässt sich verhätscheln und beglücken – doch sie hört nicht auf zu jammern.“

„Wahr ist, dass die Mittelschicht nach der Jahrtausendwende stärker in Bedrängnis geraten ist als zuvor. Aber sie hat sich erholt.“

„Das Ehegattensplitting ist ein alter Hut, ein deutscher Sonderweg der Steuerpolitik, und es nützt besonders der Mittelschicht, vor allem solchen Paaren, deren Gehälter weit auseinanderliegen. Sogar die Atomkraft war in Deutschland müheloser zu beseitigen.“

„Das System ist immun gegen Veränderungen, weil die Mittelschicht auch die Politik bestimmt. Die Mittelschicht ist zu einer Blockademacht geworden.“

„Ein Mittelschichtsbürger zahlt im Schnitt 167 Euro im Monat mehr, als er einnimmt.“

„Im Bundeshaushalt wird jeder zweite Euro für soziale Zwecke ausgegeben, aber der geringste Teil davon landet in den unteren Schichten der Gesellschaft. Umverteilung, das heißt auch, Geld innerhalb einer sozialen Schicht zirkulieren zu lassen.“

„In vielen wohlhabenden Städten wurden die Gebühren für die Kita entweder drastisch gesenkt oder sogar ganz abgeschafft. Das alles sind Geschenke an die Mittelschicht, denn Sozialhilfeempfänger und Niedriglöhner mussten für die Kita-Plätze ihrer Kinder schon vorher nichts bezahlen.“

„Die Mittelschicht glaubt nicht mehr daran, dass ihre soziale Position gesichert sei. Sie ist der Meinung, sich gegen drohende Verluste wappnen zu müssen.“

Sozialstaat erwartet, dieser sei nicht nur im Bedarfsfall anzurufen, sondern auch für die Statussicherung zuständig, darf sich nicht über ein Volk der Schielaugen und Raffkes wundern. Tatsächlich ist der Sozialstaat längst zu einer bösen Karikatur seiner selbst verkommen: Mit jeder Marginalgerechtigkeit unterhöhlt er das kollektive Bewusstsein für eine elementare Gerechtigkeit – und tritt gegenüber denen, die ihn tragen, nur noch als Produzent von lauter Ungerechtigkeiten in Erscheinung.

Die Angestellten tragen die Kosten

Hart getroffen fühlt sich der Angestellte, dem durch Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze das Gros der Sozialstaatskosten aufgebürdet sind und der – anders als Gutverdiener und Kapitalbesitzer – am wenigsten von Steuerreformen der Vergangenheit profitiert hat. Stattdessen haben die Krankenkassen ihre Leistungen zusammengestrichen, verteuern Mehrwertsteuer sowie steigende Energiepreise den Alltag und gehen vier Prozent des Gehalts fürs Riestern drauf, weil die gesetzliche Rente, so viel ist sicher, kaum mehr abwerfen wird als die Grundsicherung – nach 40 Jahren Arbeit.

Und doch: Das alles ist nichts, denkt man an die wirklichen Verlierer in diesem Spiel, an die Geringverdiener, die nicht von Elterngeld und Ehegattensplitting profitieren und der Mitte dauerhaft verloren zu gehen drohen. Während jene ein Vermögen aufbauen, obwohl sie die meisten Steuern zahlen, zahlen diese nichts – und können trotzdem null zurücklegen, Mindestlohn hin, Mindestlohn her. Die Hälfte der Deutschen hat kein Vermögen, und diese Hälfte (allein) bedarf tatsächlich des Sozialstaates – eines Sozialstaates, der davon überzeugt ist, dass eine selbstbestimmte, autonome Lebensführung, der Genuss von Freiheit, die Bildung von Sozialkapital (Anerkennung, Repräsentation) und das Gefühl, an der Selbstverständigung der Gesellschaft beteiligt zu sein, an materielle Voraussetzungen gebunden ist.

Das aber würde heißen: „Die Mitte“ hat sich auf ein Freiheitsideal zu verständigen, das in Richtung der Niedriglöhner auf Partizipation und subventionierte Selbstständig-

keitssicherung, auf die Ermöglichung personaler Lebensführung und das Aufzeigen von Aufstiegsperspektiven zielt – und das die Wohlstandsgewinne und Distinktionsmerkmale derer, die dafür die Mittel bereitstellen, gutheißt. Anders gesagt: Ein Sozialstaat kann seinen Nutznießern nur helfen, wenn er seinen Ermöglichere das Gefühl schenkt, ihr Geld sei nicht kreuz- und querfinanziert, sondern gut solidarisch angelegt. Dafür hat dieser Sozialstaat das Selbstverständnis eines Vermögensverwalters zu entwickeln, der das Geld seiner Teilhaber nicht nur treuhänderisch verwaltet und ausgibt, sondern auch Dividenden erwirtschaftet, die allen zugutekommen: Öffentliche Sicherheit,

ansprüche definieren. Sie gewinnt Stabilität und Größe allein an der Ertüchtigung zur individuellen Zukunftsplanung, an der Prämierung von Leistung, am Ideal der Arbeit und an der Lust optionaler Freizeitgestaltung. Gerade weil die Mitte als heterogene Zielgruppe herausgefordert ist, muss sie definitorisch verengt werden: Nur so kann sie ein Fluchtpunkt der allermeisten bleiben.

Eine Politik, die diese Mitte im Blick hätte, würde Niedriglöhner von Sozialbeiträgen befreien, den Aufbau von Eigentum erleichtern und die „kalte Progression“ und die Beitragsbemessungsgrenze abschaffen. Sie müsste eine Erwerbstätigenrente einrichten, ein einheitliches (wettbewerbsorientier-

Die „Mittelschicht“ lässt sich heute nicht mehr über gehobene Einkommen und bildungsbürgerliche Selbstansprüche definieren.



gute Schulen, bezahlbare Gesundheit sind nicht nur elementare Formen sozialer Gerechtigkeit, sondern auch Voraussetzungen gesellschaftlicher Kohäsion.

Dass der Sozialstaat daran spart, spricht umso mehr dafür, dass er eine liberale Mentalitätsauffrischung benötigt: Nur wenn er sich wieder mehr als „blinde“ Justitia versteht und davon absieht, sich als amtliche Distributionsstelle zu begreifen, die bei der Verteilung ihrer Güter nur allzu genau hinguckt, wird sich „die Mitte“ über alle Einkommensgrenzen hinweg für eine gemeinsame Zukunft gewinnen lassen: Die „Mittelschicht“ lässt sich heute nicht mehr über gehobene Einkommen und bildungsbürgerliche Selbst-

tes) Gesundheitssystem aufbauen, mehr Steuern erheben und weniger Sozialabgaben. Sie sollte Zugfahren nachtsicher machen, Museen kostenlos, Kindergärten beitragsfrei und Schulen attraktiv. Alles illusorisch? Es war die erste Große Koalition, die Kanzlerin selbst, die sagte: „Überraschen wir uns damit, was möglich ist.“ Aber das war, bevor sich alle um die Mitte sorgten – und sie zu Tode pflegten. ●



DIETER SCHNAAS ist Chefredakteur der *WirtschaftsWoche*. Der Beitrag ist eine Replik auf das ZEIT-Dossier „Die Mittelschichtslüge“ (bit.do/mittelschicht). redaktion@libmag.de



B E L E S E N

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Im Dezember 2013 wählten die Freien Demokraten Christian Lindner zu ihrem neuen Bundesvorsitzenden. In seiner Vorstellungsrede ließ er niemanden darüber im Unklaren, wofür er nicht steht: nämlich populistische Strohhalme. In einem Interview am Rande des Parteitages sagte er, dass es für die Freien Demokraten notwendig sei, „dass wir uns keinen Zentimeter auf die AfD zubewegen. Wir würden unsere ökonomische Vernunft verlieren, auch unsere Seele.“

Während noch viele Publizisten und Demoskopen etwa bis Mitte des Jahres 2014 darüber spekulierten, ob aus der AfD eine „liberal-konservative“ Kraft werden könne, war vielen Parteitagsdelegierten bereits damals klar, dass ein solches Experiment niemals gelingen werde. Liane Bednarz und Christoph Giesa zeichnen in ihrem Buch „Gefährliche Bürger“ detailreich nach, warum die Prognose des Parteitages kein Zufallstreffer war. Sie spüren einer ultrakonservativen, ja rechten Szene in Deutschland nach und zeigen, worauf diese Szene wartet: dass sich ihnen Parteien öffnen oder sich neue Parteienplattformen herauskristallisieren, die sie für ihre Zwecke nutzen können. Wer nach rechts blinkt, zieht diese Szene an, wie das Licht die Motten. Die Beispiele sind Legion: Republikaner, Bund Freier Bürger, Statt Partei etc.

Besonders umfangreich zeigen die Autoren dieses Phänomen am Beispiel der AfD auf. Sie entlarven die „Doppelstrategie“ des AfD-Gründers Bernd Lucke: Vor der Bundestagswahl 2013 habe er ver-

sucht, sich bürgerlich zu geben, aber mit Blick auf Stimmengewinne Ressentiments rechter Kräfte aufgegriffen. Diese Offenheit habe inzwischen dazu geführt, dass die AfD „nach rechts gekippt“ sei. In den AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland oder Björn Höcke erkennen Bednarz und Giesa gar den „Prototyp des neuen Rechten“. Sie zeichnen nach, wie neurechte Kräfte sich in der AfD zunehmend durchsetzen und dass diese Entwicklung unumkehrbar sei.

Achtsamkeit vor einer rechten Unterwanderung sei laut Bednarz und Giesa insbesondere auch deshalb geboten, da die neue Rechte mit „sprachlichen Tarnstrategien“ und Codes gezielt versuche, ihre radikalen Ansichten zu verschleiern. Wenn Höcke zum Beispiel die AfD als eine „identitäre Kraft“ bezeichne, sei dies als Anspielung auf die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“ zu verstehen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werde. Letztlich gehe es hierbei um völkisches Gedankengut.

Das Buch von Bednarz und Giesa ist daher mehr als ein Dossier über die rechte Szene im scheinbar bürgerlichen Gewand. Das Werk ist eine Mahnung an alle Parteien, nicht zu faulen Kompromissen zu neigen, um vielleicht wenige Prozentpunkte in Umfragen oder bei Wahlen zuzulegen. Denn ein solcher fauler Kompromiss ist ein Pakt mit dem Teufel. Für die Freien Demokraten war dies immer klar. Und wer daran zweifelt, dass dies richtig ist, dem sei dieses Buch zur Lektüre empfohlen.

Marco Buschmann



LIANE BEDNARZ, CHRISTOPH GIESA
Gefährliche Bürger: Die neue Rechte greift nach der Mitte
 Carl Hanser Verlag, München 2015,
 Paperback, 220 S., 17,90 Euro



FLAGGE ZEIGEN!

// TEXT // WOLFGANG GERHARDT

Deutschland kann sich seinem Gewicht in politischer und ökonomischer Hinsicht, seiner geografischen Lage, seinen internationalen Verpflichtungen nicht entziehen. Auch wenn sich das mit Sicherheit viele wünschen. Wir sind nicht die Schweiz, sondern eher so etwas Ähnliches wie das Amerika Europas. Viele Wünsche richten sich an uns, viele reiben sich an uns, viele erwarten viel zu viel von uns. Deutschland solle führen, wird uns von überall eingeflüstert, aber bei dem leisesten Anzeichen machen sich all die aus dem Staub, die es erwartet haben oder kritisieren, dass Deutschland alles diktiert.

Tausende von Flüchtlingen, eine richtige Völkerwanderung, suchen bei uns eine neue Heimat, neue Lebenschancen und Schutz. Sieht man die Bilder von Familien mit Kindern, die aus Syrien kommen, Menschen aus Afrika, die keine Reise, sondern ein Tortur auf sich genommen haben, aber auch Menschen aus Europa selbst, aus den Balkanstaaten, dann versteht man es. Natürlich sind nicht alle politisch verfolgt. Aber nahezu alle haben die Hoffnung verloren, in ihren Ländern eine Zukunft gewinnen zu können. Sie können nichts dafür, wo sie geboren

sind, aber sie wollen unbedingt entscheiden, wo sie leben möchten.

Wir wissen, dass wir nicht alle Übel der Welt auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland lösen können. Aber so viel wir vermögen, sollten wir tun. Dabei gilt es innerhalb Europas und darüber hinaus einiges deutlich anzusprechen. Politische Führungen aus den Balkanstaaten, die gegenwärtig in Rede stehen, als sichere Herkunftsländer qualifiziert zu werden, kritisieren Deutschland und fordern uns auf, unsere sozialen Sicherungssysteme zu überprüfen, weil sie in ihnen den Hauptgrund für den Weggang ihrer eigenen Staatsbürger sehen. Es ist sicher etwas an dieser Argumentation, aber wer mit einem Finger auf andere zeigt, auf den zeigen vier Finger derselben Hand selbst zurück.

Neben viel nationalistischem Gehabe und unendlichem Binnenzirkus gibt es dort noch viel zu tun, um sich aus den Verstrickungen der Vergangenheit zu lösen und europäisch zu orientieren. All das, was wir kennen und was Menschen bei uns Sicherheit bietet – eine unabhängige Rechtsprechung, die Bekämpfung von Korruption, soziale Marktwirtschaft statt

klientelistischer Beziehungen – wartet mancherorts noch auf seine Realisierung. Die politische Kultur wird eher von einer „The winner takes it all“-Mentalität angetrieben als von Gedanken der Kompromissfähigkeit, der Toleranz und des Respekts vor anderen Meinungen. Die Hoffnung, dass sich das alles bessern würde, wenn diese Länder Mitglieder der Europäischen Union werden, ist trügerisch. Denn schon in anderen Fällen hat sich diese Hoffnung bis heute nicht erfüllt. Wenn die Kopenhagen-Kriterien von der Europäischen Union im Hinblick auf Beitrittswillige wirklich ernst genommen würden, wären einige Länder heute noch nicht Mitglied der Europäischen Union.

Aus Gebieten Afrikas kommen Menschen, die dort schier hoffnungslos geworden sind. Hierzulande streitet man darüber, ob es nicht ein Fehler war, in Libyen zu intervenieren, denn dieses Land sei heute die Schleuse zu Europa und der Ausgangspunkt von unzähligen Menschen, die dann im Mittelmeer ertrunken seien. Diese Diskussion ist insofern faszinierend, weil sie völlig ausblendet, welches Regime Oberst Gaddafi über Libyen ausgebreitet hat. Dort war Freiheit eine Kerkerblume, ganz ähnlich wie in Syrien. Auf internationalen Konferenzen hört man immer noch die Hinweise afrikanischer Staatsführer auf die Zerstörung ihres Landes und ihrer Gesellschaft durch die alte Kolonialpolitik. Inzwischen sind in Afrika allerdings mindestens zwei Generationen an der Macht, die eine andere Politik hätten einleiten können. Es ist erschreckend mit anzusehen, wie rohstoffreiche Länder von ihren eigenen Eliten zur Plünderung freigegeben sind, anstatt mit dem Reichtum des Landes den eigenen Staatsbürgern Chancen zu geben.

Die arabische Rebellion ist vielerorts in eine einzige Enttäuschung gemündet. Auch wenn man darauf eingestellt war, dass es noch Jahre dauern würde, erschrickt man über die Rückschläge in Ägypten, über die letzten Zuckungen eines Regimes in Damaskus, über weitere Unverträglichkeit im Irak, ganz zu schweigen von Vorgängen im Jemen. Wollten wir dort leben? Würden wir dort eine Zukunft für unsere Kinder sehen? Ein

jeder möge sich diese Fragen beantworten, bevor er sich mit Megafon aus einem Wohlfahrtsstaat an der Grenze an Flüchtlinge wendet, um sie wieder zurückzuschicken oder am Straßenrand zusieht, wie Kurzdenker ihren Aggressionen gegen Flüchtlinge freien Lauf lassen.

Freiheitliche Gesellschaften sind immer ein großes soziales Experiment. „Menschen sind soziale Wesen, sie können die Welt nicht kultivieren ohne die anderen“, schrieb Ralf Dahrendorf. Ein Auge für den anderen zu haben, das ist die Grammatik der Zivilisiertheit. Auf eine immer wieder neue Verbindung von Offenheit, von Altem und Neuem kommt es an. Es darf bezweifelt werden, ob all diejenigen, die heutzutage so jovial behaupten: „Irgendwie sind wir doch alle liberal“, sich darüber im Klaren sind, dass sich freie Gesellschaften nicht auf die Bestätigung der eigenen Vorurteile und die Ablehnung alles Ungewohnten gründen dürfen. Verfassungen richten sich streng genommen gegen manche menschliche Natur, schrieb Joachim Fest, um ein halbwegs friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Dazu zählt der Respekt vor Minderheiten, auch die Achtung auf das Recht der Schwächeren und auch auf das des Fremden.

Europa, das ist nicht allein ein Binnenmarkt oder ein allgemeiner Mitgliederverein, in dem jeder in Brüssel à la carte bestellen könnte. Es ist eine Zivilisationsidee, die aus einer langen Geschichte hervorgegangen ist und aus zwei Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts gelernt hat – oder gelernt haben sollte. Es gibt europäische Nachbarn, deren Führungen zu einer einzigen Enttäuschung angesichts des Flüchtlingsproblems geworden sind. ●



DR. WOLFGANG GERHARDT
ist Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit und
Herausgeber von *liberal*.
redaktion@libmag.de



„FALLS FREIHEIT ÜBERHAUPT ETWAS BEDEUTET,
DANN DAS RECHT DARAUF, DEN LEUTEN ZU
SAGEN, WAS SIE NICHT HÖREN WOLLEN.“

GEORGE ORWELL

Aushalten lernen. Das wichtigste Merkmal der Freiheit ist vernünftige Passivität. Laissez-faire ist das Gebot der Stunde.

Jeder will was Gutes tun. Alle sind offen für Neues. Aber niemand will hören, was ihm nicht gefällt. Da stimmt was nicht. Von George Orwell stammt die feine Beobachtung, dass „falls Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann das Recht darauf, den Leuten zu sagen, was sie nicht hören wollen“. Das steht am Ende seiner Anmerkungen zu „Animal Farm“, der Fabel vom Stalinismus und der Art und Weise, wie er in die Welt kam. Wer Orwell ernst nimmt, weiß, dass da draußen, ganz besonders im Netz, keine offene Gesellschaft auf ihn wartet, sondern eine geschlossene Anstalt. In ihr werden Abweichler, die den Leuten sagen, was sie nicht hören wollen, mit Shitstorms behandelt. „Think different“ ist nur ein Werbeslogan ihres Lieblingsanbieters. Die Kinder der Wohlstandsgesellschaft haben den Orwell nicht gelesen oder so gründlich missverstanden, dass sie ihre Intoleranz und ihr Schreibtischtätertum als Verteidigung der Freiheit verstehen, als „dringend nötigen Zwischenruf“, als Aufschrei gegen eine stets als Mehrheit fantasierte böse Welt. Was für eine gemeingefährliche Anmaßung.

Sie können die anderen nicht in Frieden lassen.

Ihr Leitbild ist der autoritäre Studienrat, nicht der freie Citoyen, sondern der Besserwisser, der seine Meinung geliehen hat und dem Nachbarn keine eigene gönnt. Wir wissen schon, was richtig ist! Der amerikanische Netzaktivist Eli Pariser hat dafür ein schönes Bild gefunden. Im digitalen Zeitalter würden sich die Leute in ihre Bubbles, ihre Blasen, einschließen. Jeder sucht nach Zustimmung, nach Bestätigung der Meinung, die er schon hat. Umso heftiger fällt der Dschihad gegen Abweichler aus.

Das ist die Rückkehr des Mittelalters. Dieses Verhalten ist dort am stärksten, wo man die Welt in links und rechts sortiert, also in alten Ideologien denkt – und damit eigentlich totalitär. Die Wiederkehr des politischen Populismus hat ihre Ursachen in einer Art Starrsinn. Man will nicht nach vorn, deshalb bockt man zurück. Die

Leute verwechseln Vorurteile mit Orientierung. Ein Fest für Tsipras, Le Pen und die vielen linken und rechten Trickbetrüger, die noch kommen werden. Die Blasen sind ihre Legionen.

Deutschland definierte sich über die Einheit – eine Normenrepublik, der viele unterschiedliche Positionen Unbehagen bereiten. Es ist die falsche Harmonielehre. Die Wissensgesellschaft braucht offene Systeme, und offene Systeme brauchen Unterschiede. Freiheit ist kein Kreuzzug, sie ist ein langes Gespräch, mal mühsam, mal heiter, mal traurig und ernst. Das Gespräch hat nur ein Thema: Die Freiheiten all jener, die es führen. In einer Gesellschaft, die das nicht weiß, ist nichts gut, wird nichts gut, kann nichts gut sein.

Die Shitstormer halten sich für eine Avantgarde, aber sie sind Kinder der alten Vereinheitlichungslehre, des Nivellierens und Gleichmachens, einer alten Moral, die nicht fragt, bevor sie schießt – und dabei immer die Vielfalt und das Recht aufs Anderssein trifft. Es passt nicht alles unter euren Hut. Lernt, was auszuhalten! Lasst die anderen in Frieden! Lernt die Tugend der Aufklärer, das Laissez-faire, das Gewährenlassen! Die Freiheit hat unendlich viele Verteidiger, aber niemanden, der sie in Ruhe lässt. Das aber würde sie am nötigsten brauchen, einen Freiraum, in dem sie niemand an die Kandare nimmt. Der Philosoph Robert Spaemann hat gesagt: „Der fundamentale Akt der Freiheit ist der des Verzichtes auf Unterjochung eines Unterjochbaren, der Akt des Seinlassens.“ Vielleicht findet das, mit Orwells Freiheitsbegriff, Eingang in Verhandlungen über die gemeinsame Sache. Wenn das gelingt, sind die Freiheiten von der Leine. Und da gehören sie hin. ●

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



WOLF LOTTER ist Redakteur und Mitbegründer des Wirtschaftsmagazins *brand eins* sowie Autor zahlreicher Bücher, unter anderem „Zivilkapitalismus. Wir können auch anders“, Pantheon, 2013
redaktion@libmag.de



Auch als
kostenfreie
APP
erhältlich



liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert, Jan Fleischhauer, Wladimir Kaminer, Necla Kelek, Harald Martenstein, Michael Miersch, Ulf Poschardt, Terry Pratchett, Roland Tichy, Christian Ulmen und Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal verleiht der Freiheit eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

liberal weiterempfehlen: kostenloses
Probeexemplar an Verwandte
und Freunde über abo@libmag.de

**Jetzt alle zwei Monate neu
kostenfrei abonnieren**

Online-Bestellung
www.libmag.de/abo/
oder QR-Code scannen



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*

„LIBERAL IST DIE
PLATTFORM FÜR
FREIE, BÜRGERLICHE
DEBATTEN ABSEITS
DES MAINSTREAMS.“

liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

FÜR UNSERE GESUNDHEIT

MACHT **KRANKENPFLEGERIN**
LUNA DIE NACHT ZUM TAG.

WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.
Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/luna

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**